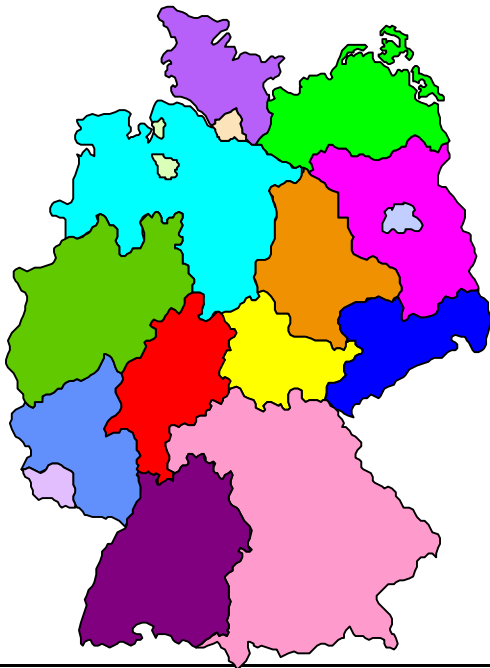


STATISTIK DER SOZIALHILFE

Sozialhilfe im Ländervergleich 2002

Hilfe zum Lebensunterhalt



Herausgeber: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Erscheinungsfolge: jährlich
Erschienen im März 2004

Fachliche Informationen zu diesem Produkt können Sie direkt beim Statistischem Bundesamt, Zweigstelle Bonn, erfragen:
Gruppe VIII B 3, Telefon: +49 (0) 18 88 / 644 8953, Fax: +49 (0) 18 88 / 644 8994 oder
Postfach 17 03 77, 53029 Bonn,
E-Mail: sozialhilfe@destatis.de

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2004

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte vorbehalten.

INHALTSVERZEICHNIS

	SEITE
VORBEMERKUNG.....	2
1. SOZIALHILFE IM ENGEREN SINNE: WESENTLICHE STRUKTURDATEN 2002	3
1.1 EMPFÄNGER	3
Tabelle 1.1, Schaubild 1.1.1 und 1.1.2	
1.2 AUFWAND	5
Tabelle 1.2, Schaubild 1.2	
2. AUSLÄNDER MIT SOZIALHILFEBEZUG	6
Tabelle 2.1, Schaubild 2.1.1 und 2.1.2 Schaubild 2.2	
3. ALTERSSTRUKTUR DER SOZIALHILFEEMPFÄNGER	8
Tabelle 3.1, Schaubilder 3.1, 3.2	
4. HAUSHALTSSTRUKTUR DER SOZIALHILFEEMPFÄNGER	9
4.1 HAUSHALTSGRÖSSE	9
Tabelle 4.1, Schaubild 4.1	
4.2 HAUSHALTSTYP	10
Tabelle 4.2.1 und 4.2.2, Schaubild 4.2 Tabelle 4.3, Schaubild 4.3	
5. SOZIALHILFEBEDARF UND -ANSPRUCH	12
Tabelle 5.1, Schaubild 5.1.1 und 5.1.2 Tabelle 5.2, Schaubild 5.2	
6. SOZIALHILFEBEZUG UND ARBEITSLOSIGKEIT	16
Tabelle 6.1, Schaubild 6.1	
7. ENTWICKLUNG DER SOZIALHILFEBEDÜRFTIGKEIT SEIT 1997.....	18
Tabelle 7.1 und 7.2	
<u>ANHANG: TABELLEN, SCHAUBILDER</u>	20

VORBEMERKUNG

Der vorliegende Ländervergleich gibt einen Überblick über zahlenmäßige Unterschiede zwischen den Bundesländern hinsichtlich einiger wichtiger Strukturdaten aus der Sozialhilfestatistik. Eine genauere Analyse oder Interpretation der länderspezifischen Unterschiede ist in diesem Rahmen allerdings nur eingeschränkt möglich. Betrachtet werden soll hier allein die sog. „Sozialhilfe im engeren Sinne“, d.h. die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen.

Die nachfolgenden Angaben beziehen sich im Wesentlichen auf die Ergebnisse der Sozialhilfestatistik für das Berichtsjahr 2002. Da für das Jahr 2001 aus Kapazitätsgründen kein entsprechender Ländervergleich erstellt wurde, verweist der Text zum Teil auf die Veränderungen gegenüber dem Berichtsjahr 2000.

1. SOZIALHILFE IM ENGEREN SINNE:
WESENTLICHE STRUKTURDATEN 2002

1.1 EMPFÄNGER

Tabelle 1.1, Schaubild 1.1.1 und 1.1.2

Zum Jahresende 2002 erhielten insgesamt **2,76 Mill. Personen in 1,44 Mill. Haushalten** Sozialhilfe im engeren Sinne, d.h. laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen¹; im Vergleich zum Vorjahr stieg die Zahl der Empfänger damit um 2,2% an. Während in Westdeutschland (ohne Berlin) die Gesamtzahl der Empfänger gegenüber 2001 nur um 2,0% stieg, war in Ostdeutschland (ohne Berlin) im selben Zeitraum ein deutlich stärkerer Anstieg festzustellen (+ 7,0%)².

Unter den Empfängern waren bundesweit 2,14 Mill. Deutsche und 614 000 Ausländer. Der Ausländeranteil lag somit bei 22%. Unter den Sozialhilfeempfängern überwiegen mit 56% die weiblichen Bezieher.

Viele der Sozialhilfebezieher sind **Kinder**: So waren zum Jahresende 2002 über eine Million Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren von Sozialhilfe betroffen, das sind 37% der Empfänger. Gut die Hälfte dieser Kinder (55%) lebte in Haushalten von allein erziehenden Frauen. Die vergleichsweise hohe Inanspruchnahme der Sozialhilfe durch Kinder drückt sich auch in der Sozialhilfequote (Anteil der Hilfebezieher an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe in %) aus. Während am Jahresende 2002 insgesamt 3,3% der Bevölkerung Sozialhilfe im engeren Sinne bezogen, war diese Quote bei den unter 18jährigen mit 6,7% mehr als doppelt so hoch. Insgesamt ist festzustellen, dass die Sozialhilfequote der Kinder über dem Gesamtdurchschnitt liegt und um so höher ist, je jünger die Kinder sind. Im Gegensatz hierzu liegt die Sozialhilfequote der **älteren Menschen** deutlich unter dem Gesamtdurchschnitt, und zwar um so mehr, je älter die Personen sind.

¹ Die Empfänger/-innen von Sozialhilfe im engeren Sinne werden im Folgenden kurz „Sozialhilfeempfänger“ genannt.

² Aufgrund der zum 1.1.2001 in Kraft getretenen Bezirksreform in Berlin ist ab dem Berichtsjahr 2001 eine Aufbereitung und Darstellung der Ergebnisse der Sozialhilfestatistik für das ehemalige Berlin-West und Berlin-Ost nicht mehr möglich. Sofern im folgenden Ergebnisse für West- bzw. Ostdeutschland präsentiert werden, sind diese Angaben jeweils ohne die Daten für Berlin berechnet.

Ferner ergeben sich hinsichtlich der Sozialhilfebedürftigkeit folgende Zusammenhänge: **Frauen** beanspruchen mit einer Quote von 3,7% relativ häufiger Sozialhilfe als Männer mit 3,0%. **Ausländer** weisen mit 8,4% eine deutlich höhere Bezugsquote als **Deutsche** (2,8%) auf.

Ein regionalspezifische Betrachtung ergibt folgendes Bild: 2,10 Millionen Sozialhilfeempfänger lebten am Jahresende 2002 im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin-West), 406 000 in den neuen Ländern (ohne Berlin-Ost) und 252 000 in Berlin. Die Sozialhilfequote ist damit im Westen mit 3,2% nach wie vor höher als im Osten (3,0%), allerdings haben sich die Quoten in den letzten Jahren immer mehr angeglichen (nähere Einzelheiten zur Entwicklung der Sozialhilfebedürftigkeit finden sich in Teil 7 sowie in den Tabellen 7.1 und 7.2 der vorliegenden Publikation).

Im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin-West) ist ansatzweise ein Nord-Süd-Gefälle erkennbar, das heißt relativ hohe Sozialhilfequoten im Norden und in der Mitte Deutschlands, niedrige Quoten im Süden (mit Ausnahme des Saarlandes). So wurden zum Jahresende 2002 für Schleswig-Holstein (4,3%), das Saarland (4,2%), Hessen und Niedersachsen (jeweils 3,9%) die höchsten Quoten innerhalb der Flächenländer ermittelt, während sich für Bayern mit 1,8% und Baden-Württemberg mit 2,1% relativ niedrige Quoten ergaben. Die höchsten Quoten waren in den drei Stadtstaaten zu verzeichnen: Bremen (8,9%), Berlin (7,4%) und Hamburg (7,0%).

In den neuen Ländern wies Ende 2002 Thüringen mit 2,2% die niedrigste Sozialhilfequote auf, Sachsen-Anhalt mit 3,7% die höchste.

Allgemeine Sozialhilfequote (Empfänger)

Deutschland 2002: 3,3%,

[2000: 3,3%]

Überd urchschnittlich	2002	2000	Unter durchschnittlich	2002	2000
Bremen	8,9%	9,5%	Bayern	1,8%	1,7%
Berlin	7,4%	7,9%	Baden-Württemberg	2,1%	2,0%
Hamburg	7,0%	7,0%	Thüringen	2,2%	2,0%
Schleswig-Holstein	4,3%	4,3%	Rheinland-Pfalz	2,5%	2,5%
Saarland	4,2%	4,3%	Brandenburg	2,8%	2,2%
Hessen	3,9%	3,8%	Sachsen	2,9%	2,5%
Niedersachsen	3,9%	3,9%			
Sachsen-Anhalt	3,7%	3,3%			
Nordrhein-Westfalen	3,6%	3,6%			
Mecklenburg-Vorp.	3,6%	2,9%			

1.2 AUFWAND

Tabelle 1.2, Schaubild 1.2

Im Jahr 2002 wurden in Deutschland für die Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) brutto 9,8 Mrd. EUR ausgegeben, das waren 40% der gesamten **Sozialhilfeausgaben**. Nach Abzug der Einnahmen bei dieser Hilfeart in Höhe von 1,1 Mrd. EUR beliefen sich die reinen Ausgaben der Hilfe zum Lebensunterhalt auf 8,8 Mrd. EUR (+0,5% gegenüber 2000); rein rechnerisch waren dies durchschnittlich rund 106 EUR je Einwohner. Für die Unterpositionen der Hilfe zum Lebensunterhalt (s. Tab. 1.2) können im Rahmen der Sozialhilfestatistik nur die Bruttoausgaben (also nicht die reinen Ausgaben) angegeben werden. So belief sich der korrespondierende Ausgabebetrag (brutto) für die laufenden Leistungen (ohne Hilfe zur Arbeit) der Sozialhilfeempfänger im engeren Sinne im Jahr 2002 (Deutschland) auf 7,2 Mrd. EUR (+2,3% im Vergleich zu 2000). Zusätzlich hierzu wurden im Jahr 2002 noch 1,0 Mrd. EUR (brutto) für laufende Leistungen in Form von Hilfe zur Arbeit sowie 1,3 Mrd. EUR für einmalige Leistungen bei der Hilfe zum Lebensunterhalt ausgegeben.

Die reinen HLU-Ausgaben je Einwohner sind nahezu ein exaktes Spiegelbild der empfangenbezogenen Sozialhilfequote im engeren Sinne. So waren die reinen HLU-Ausgaben je Einwohner im Westen (ohne Berlin) mit 105 EUR je Einwohner deutlich höher als im

Osten (ohne Berlin) mit 74 EUR je Einwohner. Die höchsten Sozialhilfeausgaben je Einwohner waren in den drei Stadtstaaten zu verzeichnen (Bremen: 310 EUR, Berlin: 261 EUR, Hamburg: 227 EUR). Von den West-Flächenstaaten wiesen das Saarland (140 EUR) und Schleswig-Holstein (138 EUR) die höchsten Pro-Kopf-Ausgaben auf, während sich für Bayern (59 EUR) und Baden-Württemberg (66 EUR) die niedrigsten Werte ergaben. Im Osten wurden die höchsten Pro-Kopf-Ausgaben in Mecklenburg-Vorpommern (93 EUR) ermittelt, die niedrigsten in Thüringen (54 EUR).

2. AUSLÄNDER MIT SOZIALHILFEBEZUG

Tabelle 2.1, Schaubild 2.1.1

Zum Jahresende 2002 bezogen 8,4% der in Deutschland lebenden ausländischen Staatsangehörigen Sozialhilfe im engeren Sinne. Das „Sozialhilferisiko“ für die im Osten lebenden Ausländer ist dabei etwas höher als in Westdeutschland: Während im Westen die Sozialhilfequote der Ausländer bei 7,8% liegt, beträgt sie im Osten 8,9%. Im Großen und Ganzen verhalten sich die landesspezifischen Sozialhilfequoten der Ausländer wie die allgemeinen Sozialhilfequoten, das heißt Länder mit einer relativ hohen allgemeinen Sozialhilfequote weisen in der Regel auch eine relativ hohe Ausländer-Sozialhilfequote auf und umgekehrt.

Sozialhilfequote der Ausländer					
Deutschland 2002: 8,4%					
[2000: 8,1%]					
Überd	2002	2000	Unterd	2002	2000
Bremen	19,9%	21,1%	Baden-Württemberg	4,6%	4,2%
Berlin	16,1%	16,9%	Bayern	4,9%	4,3%
Hamburg	13,6%	13,1%	Thüringen	5,7%	5,7%
Sachsen-Anhalt	13,1%	13,1%	Rheinland-Pfalz	6,1%	6,0%
Mecklenburg-Vorp.	12,4%	9,8%	Brandenburg	6,3%	4,7%
Schleswig-Holstein	11,7%	12,0%	Nordrhein-Westfalen	8,1%	7,8%
Niedersachsen	11,6%	13,0%			
Hessen	11,1%	10,5%			
Saarland	9,5%	9,9%			
Sachsen	8,7%	7,0%			

Zum Jahresende 2002 war in der Mehrzahl der Länder ein Anstieg der Ausländer-Sozialhilfequote gegenüber 2000 zu verzeichnen. Der deutlichste Anstieg war dabei in

den ostdeutschen Ländern Mecklenburg-Vorpommern (+2,1%-Punkte) und Sachsen (+1,6%-Punkte) zu beobachten. Im Westen wurde der höchste Anstieg der Ausländer-Sozialhilfequote in Hessen (+0,7%-Punkte) ermittelt. Ein signifikanter Rückgang war im selben Zeitraum dagegen in Niedersachsen (-1,4%-Punkte) sowie in Bremen (-1,1%-Punkte) festzustellen. Dennoch wies Bremen zum Jahresende 2002 mit 19,9% nach wie vor die höchste Ausländer-Sozialhilfequote in Deutschland auf.

Tabelle 2.1, Schaubild 2.1.2 und 2.2

Betrachtet man den Anteil der Ausländer unter den Sozialhilfeempfängern, wird eine deutliche Ost/West-Diskrepanz sichtbar: Während Ende 2002 im Westen ein Viertel (24,5%) aller Sozialhilfeempfänger Ausländer waren, belief sich dieser Anteilswert im Osten auf lediglich 6,9%. Dies ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass in Ostdeutschland vergleichsweise wenige ausländische Mitbürger leben (siehe Schaubild 2.2). So bewegt sich der dortige Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung Ende 2002 lediglich zwischen 1,9% (in Sachsen-Anhalt und Thüringen) und 2,7% in Sachsen. Im Westen ist der Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung durchweg deutlich höher. Die höchsten Werte weisen dabei die Stadtstaaten (zwischen 12,5% in Bremen und 14,8% in Hamburg) sowie Baden-Württemberg (12,2%) und Hessen (11,6%) auf. In Schleswig-Holstein (5,4%) und Niedersachsen (6,7%) war der Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung innerhalb der West-Länder am niedrigsten.

Hinsichtlich der Ausländer-Anteile an den Sozialhilfebeziehern ist im Einzelnen Folgendes festzuhalten: Der Ausländeranteil an den Sozialhilfeempfängern ist im Westen sehr unterschiedlich. Der höchste Ausländeranteil war Ende 2002 in Hessen (32,7%) zu verzeichnen, d.h. dort war fast jeder Dritte Sozialhilfebezieher ausländischer Staatsbürger. Die niedrigsten West-Werte wurden in Schleswig-Holstein (15,0%) und Rheinland-Pfalz (18,5%) registriert. Im Osten ist die Spannweite der Ausländer-Anteile an allen Sozialhilfeempfängern wesentlich kleiner: Hier liegen die Werte zwischen 5,0% in Thüringen und 8,0% in Sachsen; in Thüringen war also lediglich jeder 20. Hilfebezieher ausländischer Staatsbürger.

Obwohl die Sozialhilfequote der Ausländer im Osten teilweise relativ hoch ist (z.B. Sachsen-Anhalt mit 13,1% bzw. Mecklenburg-Vorpommern mit 12,4%), wirkt sich dies auf die allgemeine Sozialhilfequote aufgrund des insgesamt geringen Ausländeranteils an der Bevölkerung nur unwesentlich aus. Folgerichtig liegt dort die allgemeine Sozialhilfequote nur wenig über der Quote für die Sozialhilfebezieher mit deutscher Staatsangehörigkeit.

Die Analyse der Sozialhilfequoten für den Westen gestaltet sich weitaus schwieriger als im Osten: So hat beispielsweise Baden-Württemberg trotz eines überdurchschnittlich hohen Ausländeranteils an der Gesamtbevölkerung (12,2%) mit 4,6% die niedrigste Ausländer-Sozialhilfequote im ganzen Bundesgebiet. Dagegen geht besonders in den Stadtstaaten, aber auch in Hessen der hohe Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung mit einer überdurchschnittlich hohen Ausländer-Sozialhilfequote einher. In Schleswig-Holstein und Niedersachsen hingegen wurden trotz eines relativ niedrigen Ausländeranteils an der Bevölkerung überdurchschnittlich hohe Ausländer-Sozialhilfequoten festgestellt.

3. ALTERSSTRUKTUR DER SOZIALHILFEEMPFÄNGER

Tabelle 3.1, Schaubilder 3.1 und 3.2

Die Sozialhilfequote ist sehr stark vom **Alter** abhängig: sie sinkt mit zunehmendem Alter, d.h. insbesondere, dass Kinder weitaus häufiger Sozialhilfe beziehen als ältere Menschen. Wie Schaubild 3.1 verdeutlicht, ist diese Rangfolge der altersspezifischen Sozialhilfequoten in jedem Bundesland klar erkennbar; Unterschiede zwischen den Ländern ergeben sich lediglich im Hinblick auf die absolute Niveaulage der landesspezifischen Sozialhilfequote (Nord-Süd-Gefälle bei den Sozialhilfequoten im Westen, generell relativ niedrige Sozialhilfequoten im Osten, hohe Quoten in den Stadtstaaten).

Vergleicht man die **Altersstruktur** der Sozialhilfeempfänger (d.h. die Anteile der Altersgruppen unter den Sozialhilfeempfängern) in den einzelnen Ländern, dann werden jedoch gewisse Unterschiede sichtbar:

- Im Westen (bzw. dort in den einzelnen Ländern) sind die Anteilswerte der
 - älteren Sozialhilfeempfänger (40 Jahre und älter) höher
 - jüngeren Sozialhilfeempfänger (unter 40 Jahre) geringerals im Osten.
- In allen West-Ländern bilden die unter 18-jährigen die anteilmäßig größte Gruppe unter den Sozialhilfeempfängern. Die Anteilswerte schwanken dabei zwischen 39,7% in Niedersachsen und 32,6% in Hamburg. In den neuen Bundesländern ist – wie übrigens auch in Berlin – stets die Altersgruppe der 18- bis 40jährigen am stärksten vertreten. Personen mit Sozialhilfebezug im Alter von 60 Jahren und älter sind in allen Bundesländern am wenigsten stark vertreten, ihr Anteil liegt allerdings im Westen mit durchschnittlich 12,3% mehr als doppelt so hoch als im Osten mit 5,2%. In Bayern ist der Anteil der über 60jährigen an allen Sozialhilfeempfängern mit 15,9% am höchsten, in Sachsen-Anhalt (4,9%) am niedrigsten.

4. HAUSHALTSSTRUKTUR DER SOZIALHILFEEMPFÄNGER

4.1 HAUSHALTSGRÖSSE

Tabelle 4.1, Schaubild 4.1

Die 2,76 Mill. Personen, die zum Jahresende 2002 in Deutschland Sozialhilfe im engeren Sinne bezogen, lebten in 1,44 Mill. Haushalten³. In rund der Hälfte der Fälle (51%) waren dies **Einpersonenhaushalte**⁴. Danach folgten die Zweipersonenhaushalte mit 24% und die Haushalte mit drei Personen (14%). Vier und mehr Personen hatten 11% der Sozialhilfehaushalte.

Im Osten waren unter den Sozialhilfehaushalten die Mehrpersonenhaushalte etwas stärker vertreten als im Westen. Überdurchschnittlich viele Einpersonenhaushalte gab es vor allem in den Stadtstaaten sowie in Bayern und Hessen. Größere Sozialhilfehaushalte (vier und mehr Personen) hingegen waren relativ häufig in Niedersachsen anzutreffen (13,7%).

³ Gemeint sind die sog. Bedarfs- bzw. Einsatzgemeinschaften, die hier der Einfachheit halber kurz als Haushalte bezeichnet werden.

⁴ Die in diesem Absatz genannten Anteilswerte beziehen sich auf diejenigen Haushalte, in denen alle Mitglieder Sozialhilfe erhalten.

4.2 HAUSHALTSTYP

Tabelle 4.2.1 und 4.2.2, Schaubild 4.2

Über die Haushaltsgröße hinaus können die Sozialhilfehaushalte bzw. Bedarfsgemeinschaften mittels des **Haushaltstyps** weiter klassifiziert werden. Im Wesentlichen unterscheidet man dabei allein Stehende, Ehepaare mit und ohne Kinder sowie allein erziehende Frauen. Die Differenzierung nach diesen Haushaltstypen ergibt für Deutschland folgendes Bild: In der Mehrzahl (42%) handelte es sich bei den Sozialhilfehaushalten um allein Stehende; danach folgten die allein erziehenden Frauen mit einem Anteilswert von 24% vor den Ehepaaren mit Kindern (10%) und den Ehepaaren ohne Kinder (8%). Auf die Sammelposition "sonstige Haushalte" entfielen rund 16% der Haushalte; hierunter sind nichteheliche Lebensgemeinschaften mit und ohne Kinder (3%), allein erziehende Männer (1%) sowie Haushalte ohne Haushaltsvorstand bzw. anderweitig nicht erfasste Haushalte (13% aller Sozialhilfehaushalte) subsumiert.

Vergleicht man die Struktur der Sozialhilfe beziehenden Haushalte in den einzelnen Bundesländern, dann ergibt sich folgendes Bild:

- In allen Ländern bilden die **allein Stehenden** die größte Gruppe unter den Sozialhilfehaushalten. Besonders ausgeprägt ist die Dominanz der allein Stehenden in den Stadtstaaten, insbesondere Berlin und Hamburg. Darüber hinaus ist der Anteil der allein Stehenden im Westen höher als im Osten. Die Differenzierung nach dem Geschlecht ergibt für die Ost-Länder durchweg ein Übergewicht der Männer, während in den alten Ländern die Frauen unter den allein Stehenden dominieren (Ausnahme: Hamburg).
- Die zweitgrößte Gruppe bilden die Haushalte von **allein erziehenden Frauen**. Ihr Anteil ist im Osten zumeist höher als im Westen. Besonders häufig sind dort die allein erziehenden Frauen in Thüringen und Sachsen vertreten. Im Westen gibt es relativ viele allein erziehende Frauen unter der Sozialhilfehaushalten in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein und relativ wenige in Hamburg und Hessen. In Berlin ist der Anteil der allein erziehenden Frauen an allen Sozialhilfehaushalten auf Länderebene betrachtet am geringsten.

- Die relativen Häufigkeiten der **Ehepaare mit Kind(ern)** weisen in den einzelnen Bundesländern nur vergleichsweise geringfügige Unterschiede auf. Relativ wenige gibt es in Thüringen und Bayern; relativ viele sind es in Nordrhein-Westfalen.
- Sozialhilfe beziehende Haushalte von **Ehepaaren ohne Kinder** sind im Westen relativ häufiger als im Osten. Die höchsten Anteile wurden in Bayern und Nordrhein-Westfalen festgestellt, die niedrigsten Anteile dieses Haushaltstyps ergaben sich in Thüringen und Sachsen-Anhalt.

Tabelle 4.3, Schaubild 4.3

- Der Anteil der **Familien** (Ehepaare und allein erziehende Frauen) **mit zwei und mehr Kindern** war zum Jahresende 2002 im Westen etwas höher als im Osten. Die höchsten Anteilswerte ergaben sich dabei
 - für den Westen in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen;
 - für den Osten in Sachsen.Die niedrigsten Anteile für diese kinderreichen Haushalte wurden
 - für den Westen in Hamburg und Bayern sowie
 - für den Osten in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg ermittelt.
- Im Folgenden sollen die Länder kenntlich gemacht werden, deren Sozialhilfehaushalte aus relativ vielen größeren Familien und relativ wenigen allein Stehenden bestehen und umgekehrt. Hierzu werden die einzelnen Länder in die beiden folgenden Gruppen eingeteilt:

Länder mit

überdurchschnittlichem Anteil von Familien
(mit zwei und mehr Kindern)
und **unter**durchschnittlichem Anteil von
allein Stehenden

unterdurchschnittlichem Anteil von
Familien (mit zwei und mehr Kindern)
und **über**durchschnittlichem Anteil von
allein Stehenden

Es ergibt sich folgendes Bild:^{*)}

Familien ↑ (mit zwei und mehr Kinder) allein Stehende ↓	Familien ↓ (mit zwei und mehr Kinder) allein Stehende ↑
Baden-Württemberg Niedersachsen Nordrhein-Westfalen Schleswig-Holstein	Bayern Berlin Bremen Hamburg

^{*)} Die in dieser Übersicht nicht aufgeführten Länder erfüllen die vorgenannten Zuordnungskriterien nicht.

5. SOZIALHILFEBEDARF UND -ANSPRUCH

Tabelle 5.1, Schaubild 5.1.1 und 5.1.2

Tabelle 5.2, Schaubild 5.2

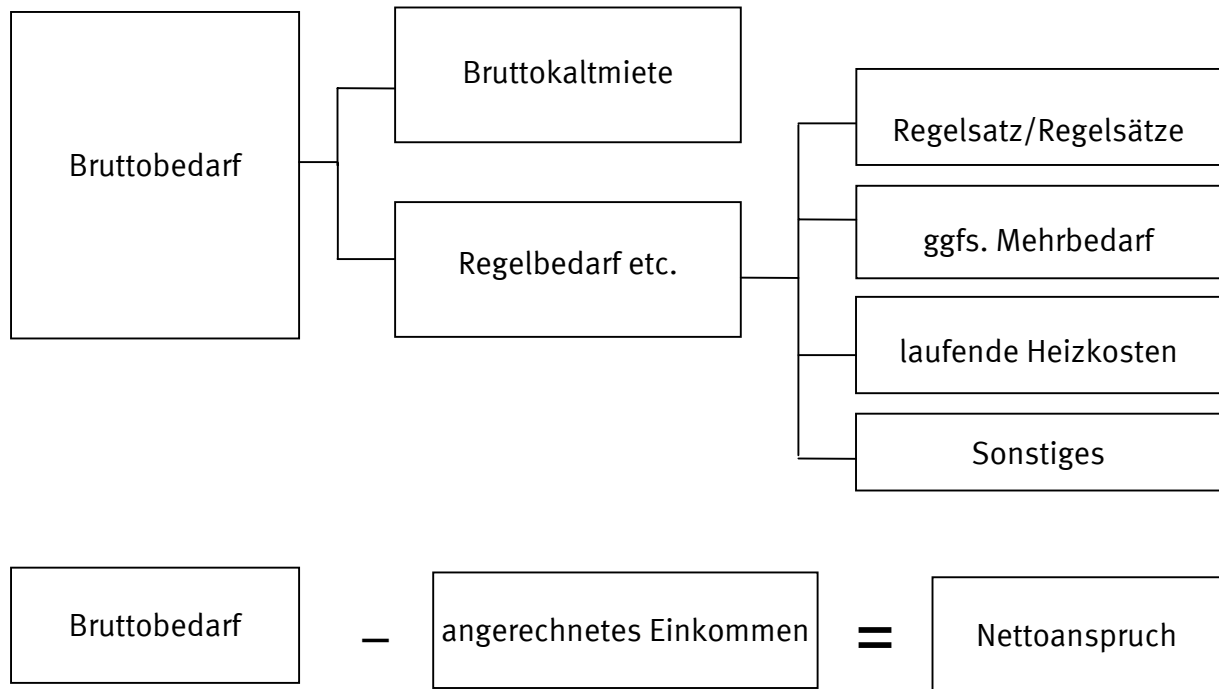
Die Summe aus den Regelsätzen, etwaigen Mehrbedarfzuschlägen und den Unterkunftskosten (**Bruttokaltmiete** und Heizkosten) für den Haushaltsvorstand und die Haushaltsangehörigen ergibt den **Bruttobedarf** eines Haushalts.

Zur **Bruttokaltmiete** zählen die Miete (bzw. bei Eigentümern die Belastung) einschließlich der Umlagen, Nebenkosten und Gebühren für Müllabfuhr, Abwasser, Schornsteinfeger, Straßenreinigung, Grundsteuer, Hausverwaltung u.ä.. Nicht zur Bruttokaltmiete gehören Strom- und Heizungskosten sowie die Kosten der Warmwasserbereitung.

Als „**Regelbedarf etc.**“ wird im Folgenden die Differenz zwischen dem Bruttobedarf und der Bruttokaltmiete bezeichnet. Hierunter fallen im Wesentlichen der Regelsatz bzw. die Regelsätze sowie gegebenenfalls Mehrbedarfzuschläge und laufende Heizkosten, aber auch sonstige Hilfen wie z.B. vom Sozialamt übernommene Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge oder Kosten der Alterssicherung.

Zieht man vom Bruttobedarf das **angerechnete Einkommen** ab, erhält man den tatsächlich ausbezahlten **Nettoanspruch**.

Die Zusammenhänge sollen durch die nachfolgende Abbildung bzw. Formel nochmals dargestellt werden:



Im Folgenden wird der Sozialhilfebedarf und -anspruch im Ländervergleich aufgezeigt. Bei den dabei verwandten Begriffen (Bruttokaltmiete, Regelbedarf, Bruttobedarf, angerechnetes Einkommen, Nettoanspruch) handelt es sich jeweils um monatliche Durchschnittswerte.

Im Bundesdurchschnitt errechnete sich für einen Sozialhilfehaushalt zum Jahresende ein monatlicher Bruttobedarf von 842 EUR, wovon allein mehr als ein Drittel auf die Kaltmiete (293 EUR) entfiel. Unter Berücksichtigung des angerechneten Einkommens der Hilfebedürftigen in Höhe von durchschnittlich 446 EUR wurden pro Haushalt im Schnitt 396 EUR – also etwas weniger als die Hälfte (47%) des Bruttobedarfs – ausbezahlt.

Allerdings ergeben sich im Ost-/West-Vergleich bei den Daten nach wie vor deutliche Unterschiede. Während im Westen im Schnitt 48% des Bruttobedarfs als Nettoanspruch tatsächlich ausgezahlt werden, ist dieser Wert im Osten mit 41% wesentlich geringer. Ursache hierfür ist auf der signifikant höhere Bruttobedarf der Sozialhilfehaushalte im Westen, welcher wiederum im Wesentlichen auf die durchschnittlich höheren Bruttokaltmieten im Westen zurückzuführen ist. Hinsichtlich der Höhe des angerechneten Einkommens sind im Ost-/West-Vergleich praktisch keine Unterschiede festzustellen.

Die nach wie vor festgestellten Unterschiede bei den statistisch ermittelten Werten lassen es sinnvoll erscheinen, im Folgenden die länderspezifischen Einzelheiten getrennt für Ost- und Westdeutschland darzustellen⁵.

I. Situation im Westen

Hinsichtlich der Entstehung des Sozialhilfebedarfs stellt sich die Situation im Westen wie folgt dar:

Bruttobedarf, Bruttokaltmiete, Regelbedarf etc. Alle Durchschnittsbeträge sind... (bezogen auf den Durchschnitt im Westen) ^{*)}	
Überdurchschnittlich	Unterdurchschnittlich
Hessen Nordrhein-Westfalen	Bayern

^{*)} Die in dieser Übersicht nicht aufgeführten Länder erfüllen das vorgenannte Zuordnungskriterium nicht. In Nordrhein-Westfalen entspricht die Bruttokaltmiete in etwa dem West-Durchschnitt.

Nach Abzug des angerechneten Einkommens ergab sich letztendlich ein überdurchschnittlich hoher Nettoanspruch für Hamburg, Hessen und Schleswig-Holstein. In Baden-Württemberg entsprach der durchschnittliche Nettoanspruch in etwa dem durchschnittlichen Nettoanspruch im Westen (409 EUR). Für die übrigen Länder ergab

⁵ Berlin bleibt damit in der textlichen Darstellung unberücksichtigt. Die Werte/Angaben für Berlin sind jedoch den Tabellen 5.1. und 5.2 sowie den Schaubildern 5.1.1, 5.1.2 sowie 5.2 zu entnehmen.

sich ein unterdurchschnittlicher Nettoanspruch. Die niedrigsten Werte wurden dabei in Bayern und im Saarland festgestellt.

In Hamburg waren verschiedene andere Komponenten auffallend ausgeprägt: Einerseits wurde hier die mit Abstand höchste Bruttokaltmiete, andererseits – wohl aufgrund der vielen Einpersonenhaushalte – der niedrigste Regelbedarf (etc.) festgestellt.

Den höchsten durchschnittlichen Bruttobedarf gab es in Niedersachsen, den niedrigsten in Bayern. Die niedrigste durchschnittliche Bruttokaltmiete war in Rheinland-Pfalz zu verzeichnen. Beim Regelbedarf (etc.) ergaben sich die höchsten Werte in Niedersachsen und Schleswig-Holstein; die niedrigsten waren in Hamburg festzustellen.

In Schaubild 5.2 ist der Anteil des Nettoanspruchs am Bruttobedarf in den einzelnen Ländern dargestellt. Überdurchschnittliche Anteilswerte (insbesondere Hessen und Hamburg) sind in der Regel auf unterdurchschnittliche Beträge beim angerechneten Einkommen bzw. hohe Bruttokaltmieten zurückzuführen, während unterdurchschnittliche Anteilswerte (insbesondere Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen) mit relativ hohen Einkommensbeträgen einhergehen.

II. Situation im Osten

Bruttobedarf, Bruttokaltmiete, Regelbedarf etc. Alle Durchschnittsbeträge sind... (bezogen auf den Durchschnitt in den neuen Ländern und Berlin-Ost) ^{*)}	
Über durchschnittlich	Unter durchschnittlich
Sachsen	Brandenburg Thüringen

^{*)} Die in dieser Übersicht nicht aufgeführten Länder erfüllen das vorgenannte Zuordnungskriterium nicht.

Die Durchschnittswerte für die Bruttokaltmiete und den Bruttobedarf waren im Osten durchweg niedriger als im Westen; in den meisten Fällen traf dies auch auf den Regelbedarf zu.

Innerhalb der Ost-Länder waren in Sachsen-Anhalt und in Mecklenburg-Vorpommern die höchsten Nettoansprüche zu verzeichnen, was in erster Linie auf niedrige angerechnete Einkommen zurückzuführen sein dürfte. Dagegen wurden die übrigen Länder unterdurchschnittliche Werte beim Nettoanspruch ermittelt.

Der niedrigsten Bruttobedarfe im Osten zum Jahresende 2002 waren in Brandenburg und Thüringen festzustellen, während für Sachsen und Sachsen-Anhalt der höchste durchschnittliche Bruttobedarf ermittelt wurden. Die niedrigste durchschnittliche Bruttokaltmiete war in Thüringen zu verzeichnen, die höchste in Mecklenburg-Vorpommern. Beim Regelbedarf (etc.) ergaben sich die höchsten Werte in Sachsen-Anhalt, die niedrigsten in Brandenburg.

In Schaubild 5.2 bringt das Verhältnis Nettoanspruch/Bruttobedarf die länderweiten Unterschiede beim angerechneten Einkommen zum Ausdruck. So ist der hohe Anteilswert für Sachsen-Anhalt auf den relativ niedrigen Betrag beim durchschnittlich angerechneten Einkommen zurückzuführen. Der niedrige Anteilswert für Sachsen ist hingegen die Folge des dort relativ hohen Einkommensbetrages.

6. SOZIALHILFEBEZUG UND ARBEITSLOSIGKEIT

Tabelle 6.1, Schaubild 6.1

Im Jahresdurchschnitt 2002 lag die Arbeitslosenquote in Deutschland bei 10,8%⁶ (gegenüber 10,7% im Jahr 2000). Das Ausmaß der Arbeitslosigkeit ist zwischen West- und Ostdeutschland nach wie vor sehr unterschiedlich. Daher wird der Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Sozialhilfebezug auf Länderebene im Folgenden jeweils differenziert für die beiden Regionen betrachtet⁷.

I. Situation im Westen

Im Jahresdurchschnitt 2002 lag die *Arbeitslosenquote* in Westdeutschland⁸ bei 8,5%⁹ (gegenüber 8,4% im Jahr 2000). Das Ausmaß der Arbeitslosigkeit ist in den alten

⁶ Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen im Jahresdurchschnitt.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg.

⁷ In Berlin lag die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote 2002 mit 18,9% leicht unter dem Bundesdurchschnitt, die Sozialhilfequote war mit 7,4% weit überdurchschnittlich hoch.

⁸ D.h. entsprechend der Definition der Bundesagentur für Arbeit in den alten Ländern ohne Berlin.

Bundesländern sehr unterschiedlich. Ähnlich wie bei der Sozialhilfe ist auch hier ansatzweise ein Nord-Süd-Gefälle erkennbar. So wurden für Niedersachsen (10,2%), Nordrhein-Westfalen (10,1%), das Saarland (9,9%) und Schleswig-Holstein (9,8%) überdurchschnittliche Arbeitslosenquoten ermittelt, während sich für Baden-Württemberg (6,1%), Bayern (6,9%), Hessen (7,8%) sowie Rheinland-Pfalz (8,0%) die niedrigsten Quoten ergaben. Analog zur Sozialhilfe wurden die höchste Arbeitslosenquote in Bremen (13,7%) festgestellt. Der Wert für Hamburg lag mit 10,2% ebenfalls über dem West-Durchschnitt.

Ein länderweiter Vergleich der Arbeitslosen- und Sozialhilfequote lässt in fast allen Bundesländern (Ausnahme: Hessen) einen zahlenmäßigen Zusammenhang erkennen. So wurde in den Ländern mit überdurchschnittlicher Arbeitslosenquote sehr häufig auch eine überdurchschnittlich hohe Bezugsquote von Sozialhilfe festgestellt. Umgekehrt verhielt es sich in den Ländern, deren Arbeitslosenquote unter dem Durchschnitt lag; dort lag auch die Bezugsquote von Sozialhilfe in der Regel unter dem allgemeinen Durchschnitt.

Westdeutschland 2002 (ohne Berlin)

Arbeitslosigkeit-Sozialhilfebezug	
beide Quoten sind...	
(bezogen auf den Durchschnitt im Westen) ⁹⁾	
Überdurchschnittlich	Unterdurchschnittlich
Bremen Hamburg Niedersachsen Nordrhein-Westfalen Saarland Schleswig-Holstein	Baden-Württemberg Bayern Rheinland-Pfalz

⁹⁾ Die in dieser Übersicht nicht aufgeführten Länder erfüllen das vorgenannte Zuordnungskriterium nicht.

⁹⁾ Arbeitslosenquote bezogen auf abhängig zivile Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose); Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg.

II. Situation im Osten

In Ostdeutschland¹⁰ lag die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt 2002 mit 19,2% deutlich über dem Wert im Westen. Die Arbeitslosenquote stieg dort somit gegenüber 2000 (18,5%) stärker als im Westen. Die hohe Arbeitslosenquote in den neuen Ländern geht bislang jedoch insgesamt nicht mit entsprechend hohen Sozialhilfequoten einher.

Der länderweite Vergleich der Sozialhilfebezugs- und Arbeitslosenquote zeigt, dass in Thüringen und Brandenburg und beide Quoten unterdurchschnittlich ausfielen, während in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern beide Quoten über dem Durchschnitt für die neuen Länder lagen. Sachsen wies eine leicht unterdurchschnittliche Sozialhilfequote, aber eine leicht überdurchschnittliche Arbeitslosenquote auf.

Ostdeutschland 2002 (ohne Berlin)

Arbeitslosigkeit-Sozialhilfebezug beide Quoten sind... (bezogen auf den Durchschnitt im Osten) *)	
Überdurchschnittlich	Unterdurchschnittlich
Mecklenburg-Vorpommern Sachsen-Anhalt	Brandenburg Thüringen

*) Sachsen erfüllt das vorgenannte Zuordnungskriterium nicht. Bei der Arbeitslosenquote wird der Durchschnitt in den neuen Ländern einschl. Berlin zu Grunde gelegt.

7. ENTWICKLUNG DER SOZIALHILFEBEDÜRFTIGKEIT SEIT 1997

Tabelle 7.1 und 7.2

Gegenüber dem bisherigen Höchststand der Empfänger auf Bundesebene zum Jahresende 1997 (2,89 Millionen) hat sich die Empfängerzahl am Jahresende 2002 (2,76 Millionen) um 4,7% verringert. Dieser Trend ist ausschließlich auf die Entwicklung im Westen zurückzuführen: Während dort die Gesamtzahl der Empfänger am Jahresende 2002 gegenüber 1997 um 212 000 Personen (-9,2%) zurückging, stieg die Zahl der

¹⁰ D.h. entsprechend der Definition der Bundesagentur für Arbeit in den neuen Ländern und Berlin.

Sozialhilfeempfänger im Osten im selben Zeitraum um 93 000 Personen (+29,6%) an¹¹. Die Sozialhilfequote war Ende 2002 in Westdeutschland mit 3,2% jedoch nach wie vor höher als im Osten, wo sie 3,0% betrug. Allerdings haben sich die Sozialhilfequoten im Westen und Osten in den vergangenen Jahren immer mehr angenähert (1997 in Westdeutschland 3,6% und in Ostdeutschland 2,2%).

Aufgrund der unterschiedlichen Entwicklung in diesem Zeitraum erscheint somit eine separate Betrachtung der beiden Regionen sinnvoll.

I. Entwicklung im Westen

Im Westen ging die Sozialhilfequote vom Höchststand Ende 1997 (3,6%) auf 3,2% am Jahresende 2002 zurück; dabei war in allen West-Ländern ein Rückgang der Empfängerquote festzustellen. Die deutlichsten Rückgänge (in %-Punkten) in diesem Zeitraum wurden dabei in den Stadtstaaten Bremen (-1,7%-Punkte) und Hamburg (-1,4%-Punkte) festgestellt. Von den Flächenländern wies das Saarland (-0,8%-Punkte) den deutlichsten Rückgang auf. Am wenigsten stark ging im selben Zeitraum die Sozialhilfequote in Bayern und Schleswig-Holstein zurück (jeweils -0,2%-Punkte).

II. Entwicklung im Osten

Im Osten stieg die Sozialhilfequote – ausgehend von einem niedrigen Anfangsniveau – im Zeitverlauf stetig an und betrug am Jahresende 2002 3,0% (0,8%-Punkte mehr als 1997) In diesem Zeitraum war in allen Ost-Ländern ein Anstieg der Empfängerquote festzustellen. Die deutlichsten Steigerungen waren dabei in Mecklenburg-Vorpommern und in Sachsen-Anhalt (jeweils +1,0%-Punkte) zu verzeichnen; den geringsten Anstieg gab es in Thüringen (+0,2%-Punkte).

¹¹ In Berlin ging im selben Zeitraum die Zahl der Empfänger um rund 6% zurück.

Tabelle 1.1

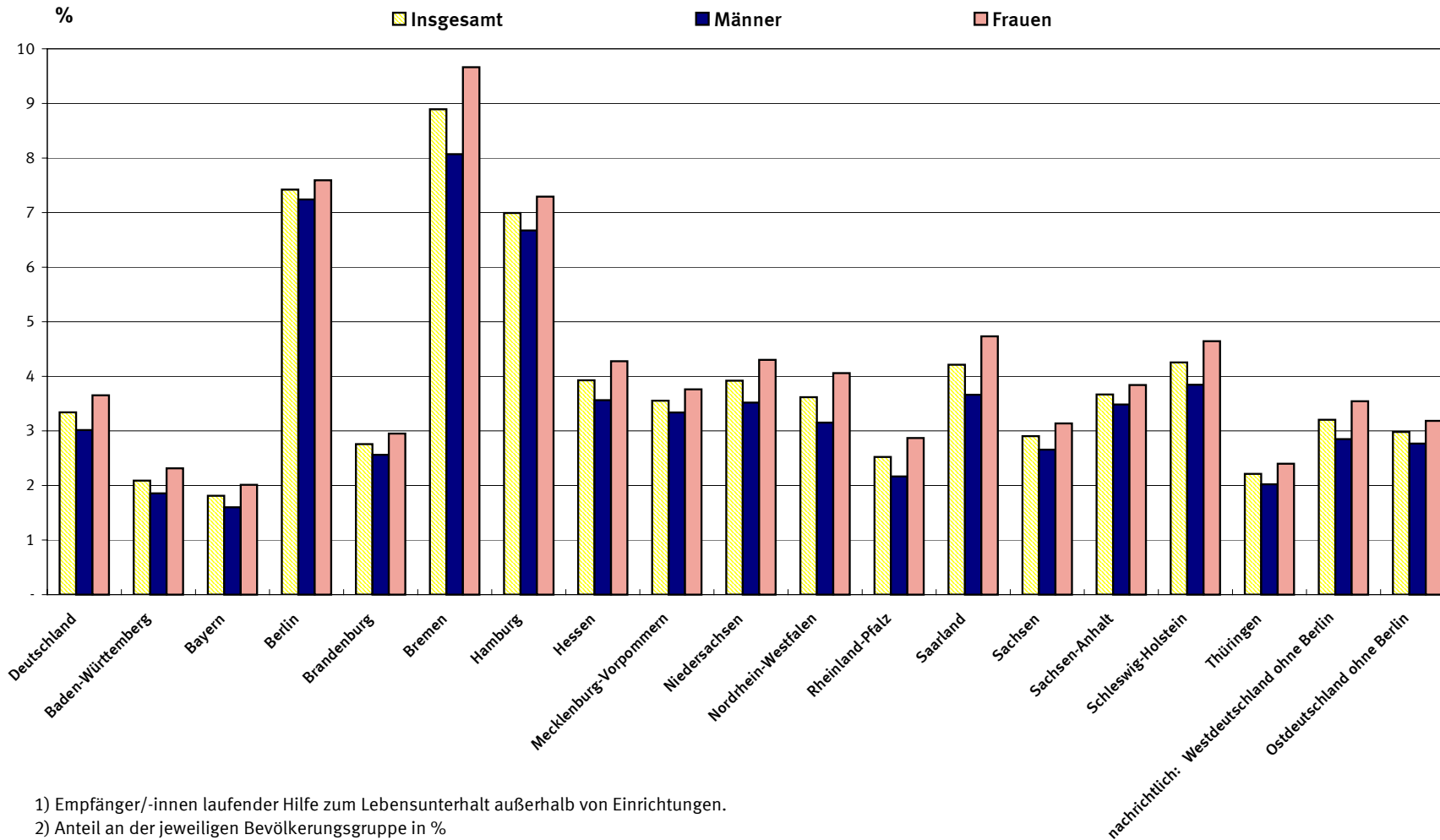
**Sozialhilfeempfänger/-innen im engeren Sinne¹⁾ nach Geschlecht
am Jahresende 2002**

Gegenstand der Nachweisung	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen
	Anzahl			Sozialhilfequote in % ²⁾		
Deutschland						
Deutsche.....	2 142 740	928 453	1 214 287	2,8	2,5	3,1
Ausländer.....	614 472	287 788	326 684	8,4	7,4	9,4
Insgesamt.....	2 757 212	1 216 241	1 540 971	3,3	3,0	3,7
davon im Alter von ...						
bis unter ... Jahren						
unter 18.....	1 016 089	520 263	495 826	6,7	6,7	6,7
18-40.....	911 412	337 274	574 138	3,7	2,7	4,8
40-60.....	527 062	239 680	287 382	2,3	2,1	2,6
60 und älter.....	302 649	119 024	183 625	1,5	1,4	1,6
Bundesländer						
Baden-Württemberg.....	222 670	96 997	125 673	2,1	1,9	2,3
Bayern.....	224 263	97 000	127 263	1,8	1,6	2,0
Berlin.....	251 747	119 562	132 185	7,4	7,2	7,6
Brandenburg.....	71 227	32 685	38 542	2,8	2,6	3,0
Bremen.....	58 888	25 820	33 068	8,9	8,1	9,7
Hamburg.....	120 884	55 980	64 904	7,0	6,7	7,3
Hessen.....	239 189	106 329	132 860	3,9	3,6	4,3
Mecklenburg-Vorpommern.....	61 972	28 840	33 132	3,6	3,3	3,8
Niedersachsen.....	312 782	137 524	175 258	3,9	3,5	4,3
Nordrhein-Westfalen.....	653 743	277 365	376 378	3,6	3,2	4,1
Rheinland-Pfalz.....	102 399	43 129	59 270	2,5	2,2	2,9
Saarland.....	44 865	18 937	25 928	4,2	3,7	4,7
Sachsen.....	126 310	56 123	70 187	2,9	2,7	3,1
Sachsen-Anhalt.....	93 492	43 268	50 224	3,7	3,5	3,8
Schleswig-Holstein.....	119 818	52 942	66 876	4,3	3,8	4,6
Thüringen.....	52 963	23 740	29 223	2,2	2,0	2,4
nachrichtlich:						
Westdeutschland ohne Berlin...	2 099 501	912 023	1 187 478	3,2	2,8	3,5
Ostdeutschland ohne Berlin.....	405 964	184 656	221 308	3,0	2,8	3,2

1) Empfänger/-innen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen.

2) Anteil an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe in %.

Schaubild 1.1.2
 Sozialhilfeempfänger/-innen im engeren Sinne¹⁾ nach Geschlecht am Jahresende 2002
 Sozialhilfequote in %²⁾



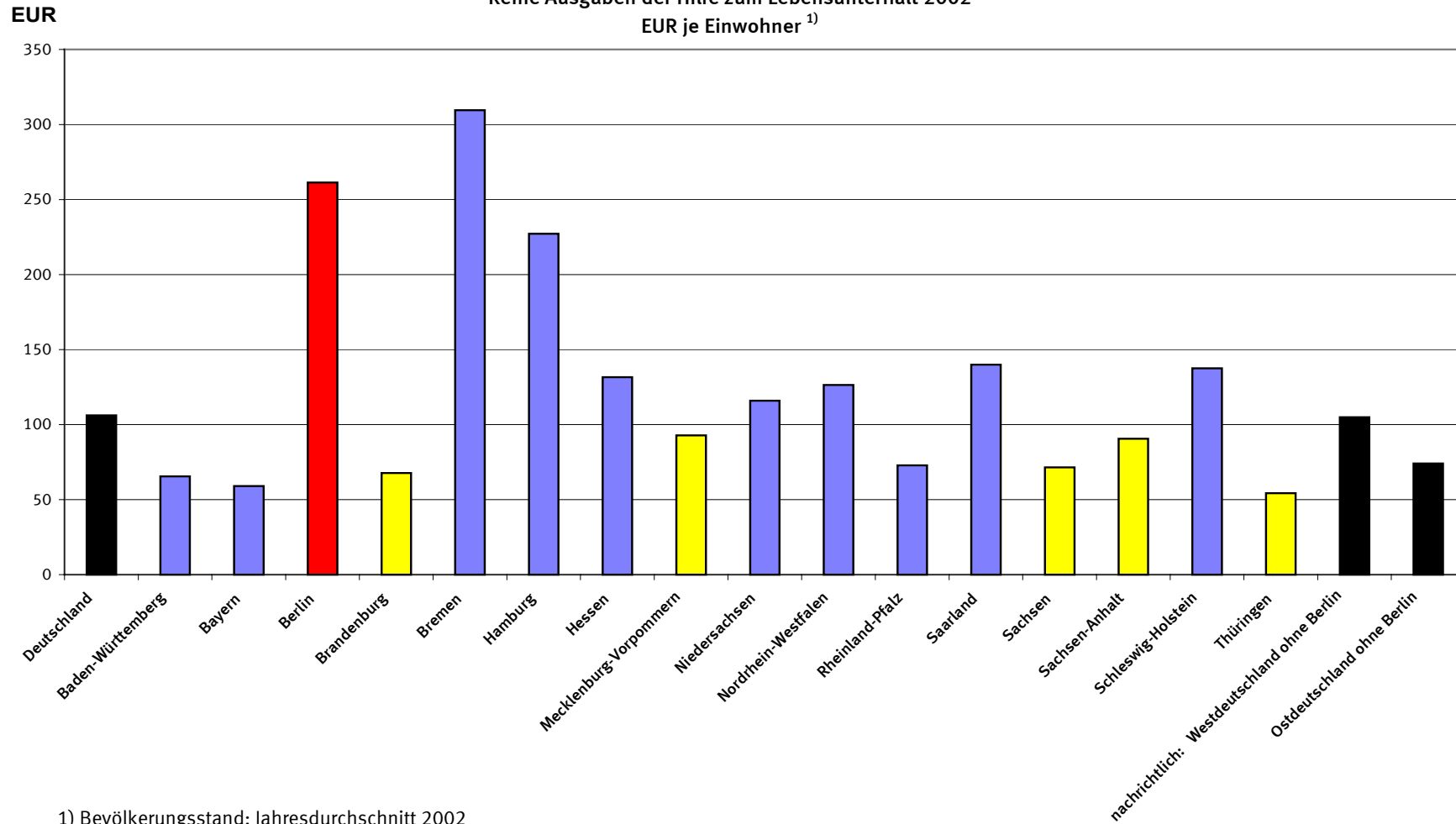
1) Empfänger/-innen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen.
 2) Anteil an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe in %

Tabelle 1.2
Ausgaben und Einnahmen der Sozialhilfe 2002
Hilfe zum Lebensunterhalt

Land	Bruttoausgaben				Einnahmen	Reine Ausgaben	
	Hilfe zum Lebensunterhalt insgesamt	und zwar				Hilfe zum Lebensunterhalt insgesamt	Hilfe zum Lebensunterhalt insgesamt
		laufende Leistungen außerhalb von Einrichtungen	davon				
			lfd. Leistungen ohne Hilfe zur Arbeit	Hilfe zur Arbeit			
1 000 EUR							EUR
Deutschland	9 828 035	8 264 613	7 220 126	1 044 487	1 067 327	8 760 708	106,21
Baden-Württemberg.....	790 487	667 542	584 945	82 597	94 210	696 277	65,50
Bayern.....	824 569	658 483	590 983	67 501	94 895	729 674	59,04
Berlin.....	958 668	777 103	702 004	75 099	72 510	886 159	261,38
Brandenburg.....	198 975	167 880	138 128	29 752	23 575	175 400	67,82
Bremen.....	226 622	193 527	157 826	35 701	22 295	204 326	309,53
Hamburg.....	440 563	357 795	357 005	790	48 120	392 442	227,18
Hessen.....	895 395	752 550	653 333	99 217	94 458	800 938	131,63
Mecklenburg-Vorpommern.....	177 433	144 273	130 113	14 160	14 669	162 765	92,90
Niedersachsen.....	1 041 938	887 818	744 621	143 197	118 165	923 773	115,91
Nordrhein-Westfalen.....	2 568 019	2 226 756	1 953 787	272 969	284 749	2 283 270	126,41
Rheinland-Pfalz.....	344 232	287 929	247 724	40 205	48 938	295 294	72,88
Saarland.....	165 267	135 056	106 689	28 367	16 183	149 085	139,93
Sachsen.....	338 068	282 432	232 761	49 671	25 913	312 155	71,50
Sachsen-Anhalt.....	252 429	209 779	190 430	19 349	20 101	232 328	90,58
Schleswig-Holstein.....	455 253	391 780	328 251	63 529	68 723	386 530	137,55
Thüringen.....	150 115	123 909	101 526	22 384	19 825	130 291	54,25
nachrichtlich:							
Westdeutschland ohne Berlin....	7 752 346	6 559 236	5 725 164	834 072	890 735	6 861 610	104,88
Ostdeutschland ohne Berlin.....	1 117 021	928 274	792 958	135 316	104 082	1 012 938	74,09

1) Bevölkerungsstand: Jahresdurchschnitt 2002.

Schaubild 1.2
 Reine Ausgaben der Hilfe zum Lebensunterhalt 2002
 EUR je Einwohner ¹⁾



1) Bevölkerungsstand: Jahresdurchschnitt 2002

Tabelle 2.1

Sozialhilfeempfänger/-innen im engeren Sinne¹⁾ nach Staatsangehörigkeit
am Jahresende 2002

Land	Insgesamt		Deutsche			Ausländer		
	Anzahl	Sozialhilfequote in % ²⁾	Anzahl	Sozialhilfequote in % ²⁾	% Anteil (Spalte 3/Spalte1)	Anzahl	Sozialhilfequote in % ²⁾	% Anteil (Spalte 6/Spalte1)
	1	2	3	4	5	6	7	8
Deutschland	2 757 212	3,3	2 142 740	2,8	77,7	614 472	8,4	22,3
Baden-Württemberg.....	222 670	2,1	162 647	1,7	73,0	60 023	4,6	27,0
Bayern.....	224 263	1,8	166 990	1,5	74,5	57 273	4,9	25,5
Berlin.....	251 747	7,4	179 995	6,1	71,5	71 752	16,1	28,5
Brandenburg.....	71 227	2,8	67 020	2,7	94,1	4 207	6,3	5,9
Bremen.....	58 888	8,9	42 411	7,3	72,0	16 477	19,9	28,0
Hamburg.....	120 884	7,0	86 312	5,9	71,4	34 572	13,6	28,6
Hessen.....	239 189	3,9	161 092	3,0	67,3	78 097	11,1	32,7
Mecklenburg-Vorpommern.....	61 972	3,6	57 301	3,4	92,5	4 671	12,4	7,5
Niedersachsen.....	312 782	3,9	250 535	3,4	80,1	62 247	11,6	19,9
Nordrhein-Westfalen.....	653 743	3,6	493 162	3,1	75,4	160 581	8,1	24,6
Rheinland-Pfalz.....	102 399	2,5	83 442	2,2	81,5	18 957	6,1	18,5
Saarland.....	44 865	4,2	36 335	3,7	81,0	8 530	9,5	19,0
Sachsen.....	126 310	2,9	116 245	2,7	92,0	10 065	8,7	8,0
Sachsen-Anhalt.....	93 492	3,7	87 110	3,5	93,2	6 382	13,1	6,8
Schleswig-Holstein.....	119 818	4,3	101 815	3,8	85,0	18 003	11,7	15,0
Thüringen.....	52 963	2,2	50 328	2,1	95,0	2 635	5,7	5,0
nachrichtlich:								
Westdeutschland ohne Berlin.....	2 099 501	3,2	1 584 741	2,7	75,5	514 760	7,8	24,5
Ostdeutschland ohne Berlin.....	405 964	3,0	378 004	2,8	93,1	27 960	8,9	6,9

1) Empfänger/-innen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen.

2) Anteil an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe in %.

Schaubild 2.1.1
 Sozialhilfeempfänger/-innen im engeren Sinne¹⁾ nach Staatsangehörigkeit am Jahresende 2002
 Sozialhilfequote in %²⁾

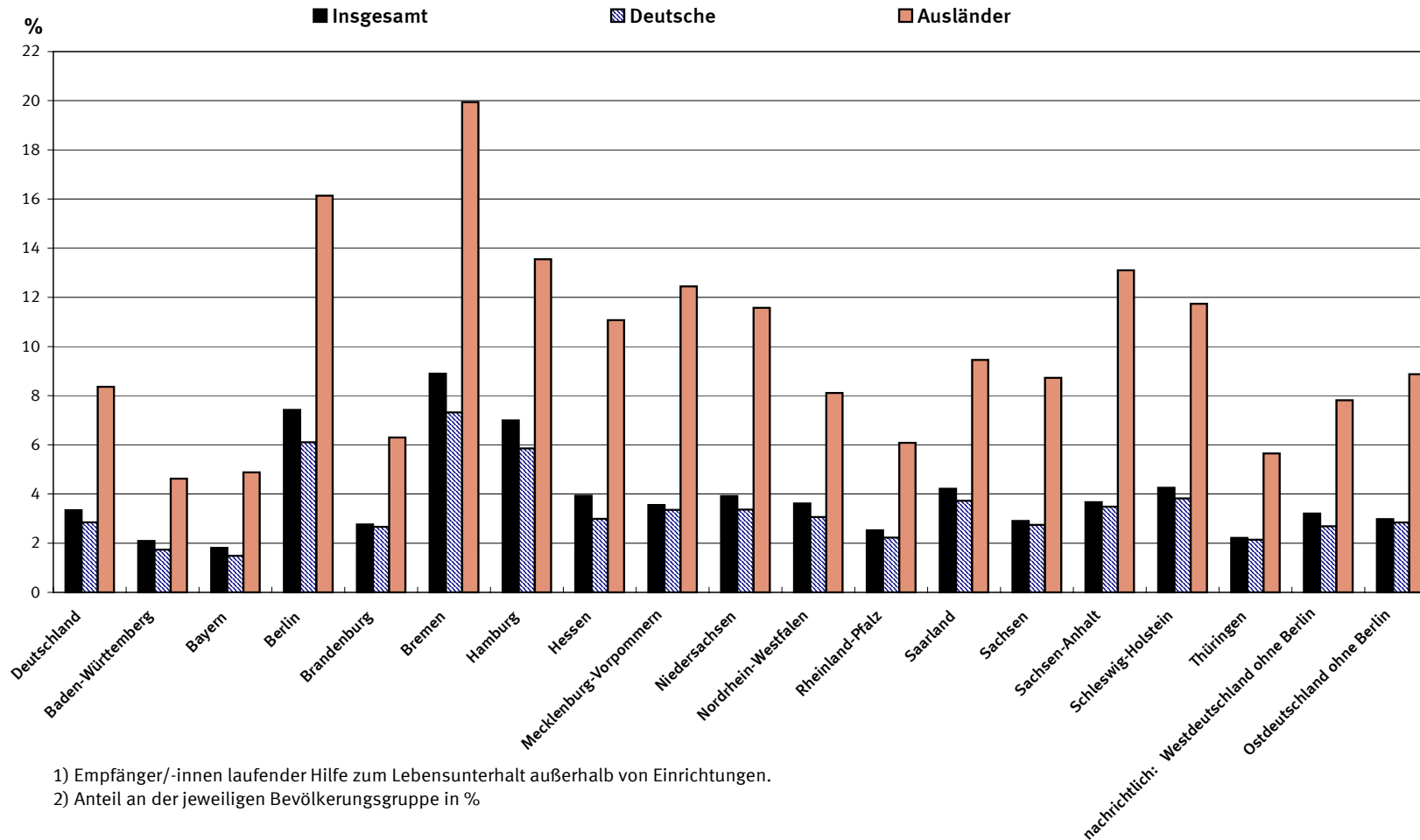
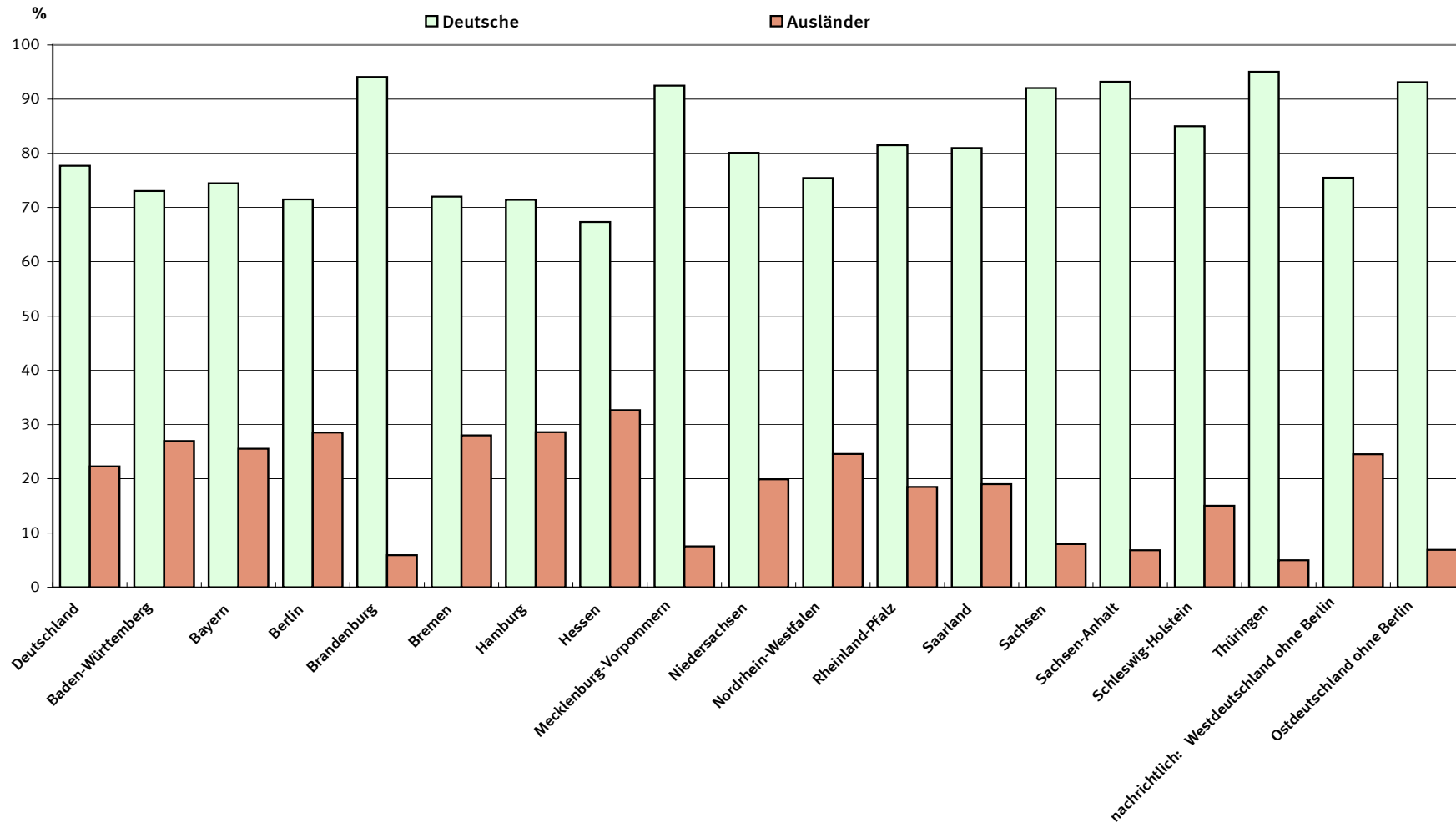
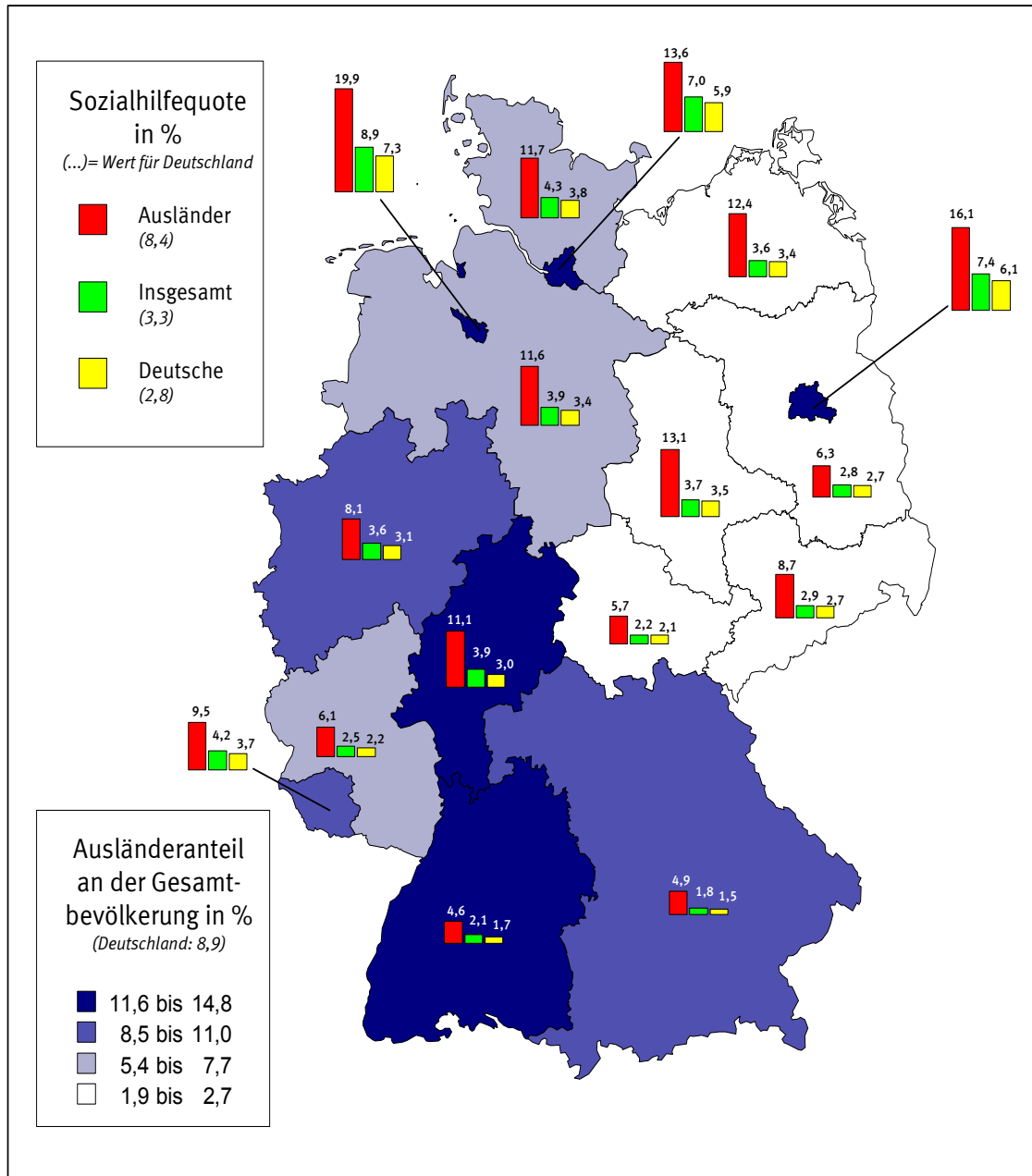


Schaubild 2.1.2
 Sozialhilfeempfänger/-innen im engeren Sinne¹⁾ nach Staatsangehörigkeit am Jahresende 2002
 Anteil an den Empfängern je Land



1) Empfänger/-innen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen.

Schaubild 2.2
Sozialhilfeempfänger/-innen im engeren Sinne¹⁾ am Jahresende 2002
Sozialhilfequote
- Prozentualer Anteil an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe -



1) Empfänger/-innen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen.

Tabelle 3.1

 Sozialhilfeempfänger/-innen im engeren Sinne¹⁾ nach Altersklassen
 am Jahresende 2002

Land	Insgesamt		Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren											
			unter 18			18 - 40			40 - 60			60 und älter		
	Anzahl	Durchschnitts- alter in Jahren	Anzahl	Sozial- hilfequote (Spalte 3/ Spalte 2)	% Anteil (Spalte 3/ Spalte 1)	Anzahl	Sozial- hilfequote (Spalte 6/ Spalte 2)	% Anteil (Spalte 6/ Spalte 1)	Anzahl	Sozial- hilfequote (Spalte 9/ Spalte 2)	% Anteil (Spalte 9/ Spalte 1)	Anzahl	Sozial- hilfequote (Spalte 12/ Spalte 2)	% Anteil (Spalte 12/ Spalte 1)
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Deutschland	2 757 212	29,5	1 016 089	6,7	36,9	911 412	3,7	33,1	527 062	2,3	19,1	302 649	1,5	11,0
Baden-Württemberg.....	222 670	30,3	82 905	4,0	37,2	69 158	2,1	31,1	42 431	1,5	19,1	28 176	1,1	12,7
Bayern.....	224 263	32,6	75 901	3,2	33,8	67 207	1,8	30,0	45 404	1,4	20,2	35 751	1,2	15,9
Berlin.....	251 747	29,1	88 141	16,3	35,0	91 174	8,0	36,2	49 714	5,2	19,7	22 718	3,0	9,0
Brandenburg.....	71 227	26,2	25 524	6,0	35,8	28 869	3,8	40,5	12 729	1,7	17,9	4 105	0,6	5,8
Bremen.....	58 888	30,3	21 043	19,1	35,7	19 484	9,8	33,1	11 982	6,7	20,3	6 379	3,7	10,8
Hamburg.....	120 884	32,2	39 412	14,2	32,6	38 378	6,5	31,7	27 628	6,1	22,9	15 466	3,7	12,8
Hessen.....	239 189	31,1	85 249	7,6	35,6	74 500	4,0	31,1	48 730	2,9	20,4	30 710	2,1	12,8
Mecklenburg-Vorpommern.....	61 972	26,1	22 143	7,5	35,7	25 533	4,9	41,2	10 828	2,1	17,5	3 468	0,8	5,6
Niedersachsen.....	312 782	28,5	124 215	7,9	39,7	100 766	4,3	32,2	55 748	2,6	17,8	32 053	1,6	10,2
Nordrhein-Westfalen.....	653 743	30,2	245 910	7,1	37,6	202 817	3,8	31,0	126 107	2,6	19,3	78 909	1,8	12,1
Rheinland-Pfalz.....	102 399	30,7	38 394	4,9	37,5	30 593	2,6	29,9	19 421	1,8	19,0	13 991	1,4	13,7
Saarland.....	44 865	30,7	16 419	8,8	36,6	13 730	4,6	30,6	9 106	3,0	20,3	5 610	2,0	12,5
Sachsen.....	126 310	25,3	48 365	7,3	38,3	50 788	4,1	40,2	20 706	1,7	16,4	6 451	0,5	5,1
Sachsen-Anhalt.....	93 492	25,4	35 484	8,8	38,0	37 425	5,2	40,0	16 042	2,2	17,2	4 541	0,7	4,9
Schleswig-Holstein.....	119 818	28,7	46 021	8,6	38,4	39 862	4,9	33,3	22 346	3,0	18,6	11 589	1,6	9,7
Thüringen.....	52 963	24,6	20 963	5,5	39,6	21 128	3,0	39,9	8 140	1,2	15,4	2 732	0,4	5,2
nachrichtlich:														
Westdeutschland ohne Berlin..	2 099 501	X	775 469	6,2	36,9	656 495	3,4	31,3	408 903	2,3	19,5	258 634	1,6	12,3
Ostdeutschland ohne Berlin....	405 964	X	152 479	7,0	37,6	163 743	4,1	40,3	68 445	1,7	16,9	21 297	0,6	5,2

1) Empfänger/-innen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen.

2) Anteil an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe in %.

Schaubild 3.1
 Sozialhilfeempfänger/-innen im engeren Sinne¹⁾ nach Altersklassen am Jahresende 2002
 Sozialhilfequoten nach Altersgruppen²⁾

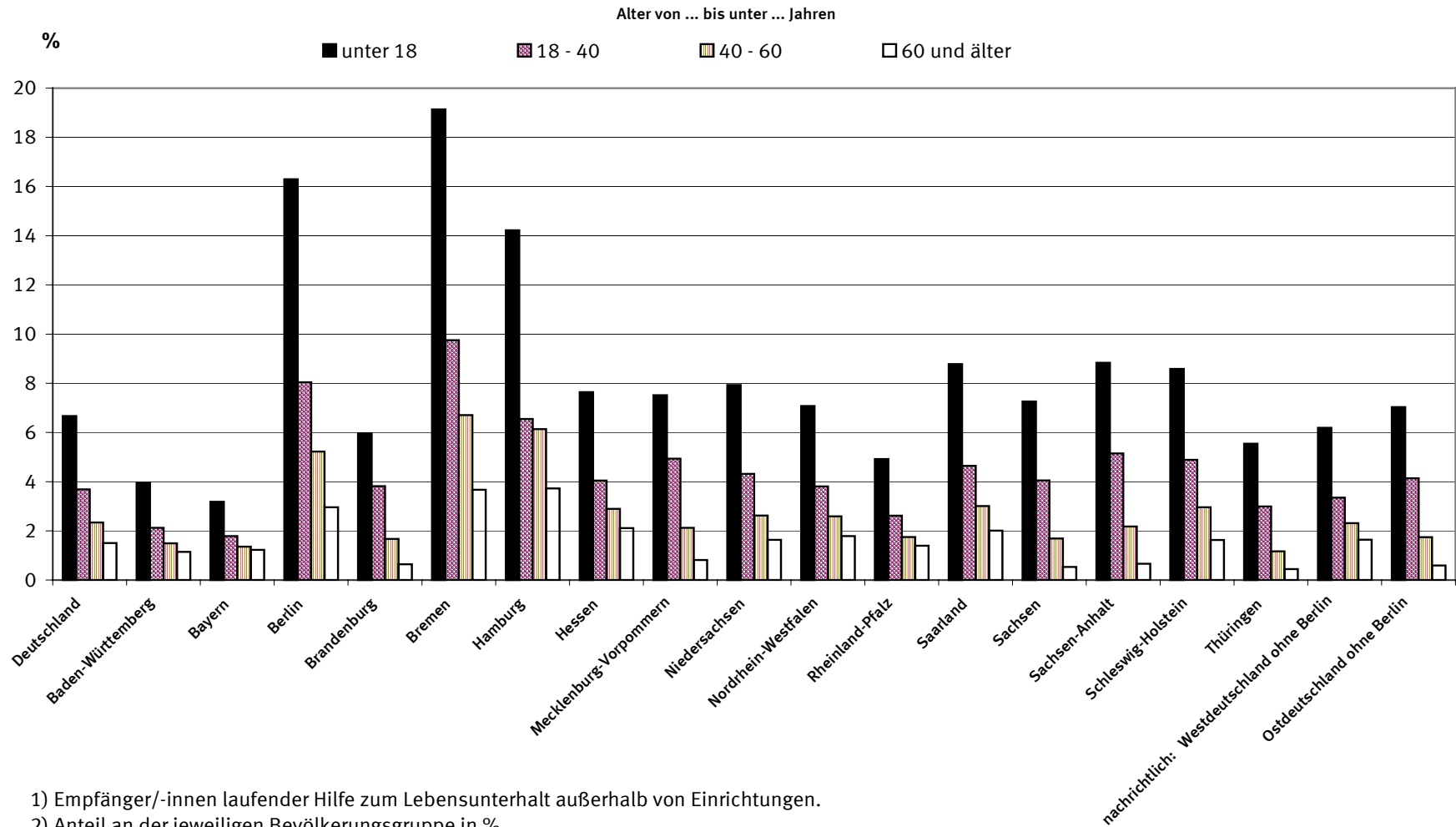


Schaubild 3.2
 Sozialhilfeempfänger/-innen im engeren Sinne¹⁾ nach Altersklassen am Jahresende 2002
 Anteil an den Empfängern je Land nach Altersgruppen

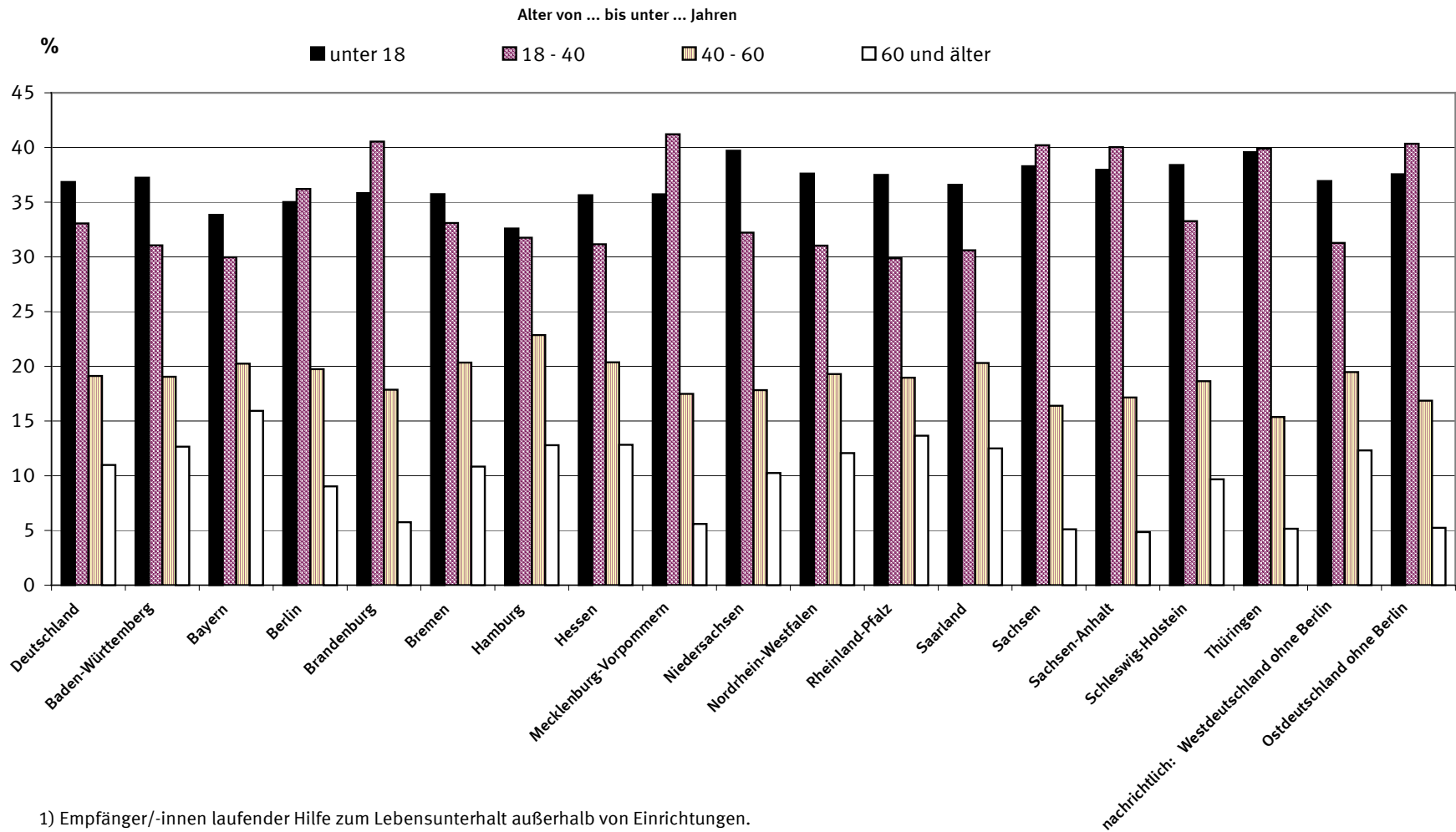


Tabelle 4.1

Haushalte von Sozialhilfeempfänger/-innen im engeren Sinne¹⁾
am Jahresende 2002

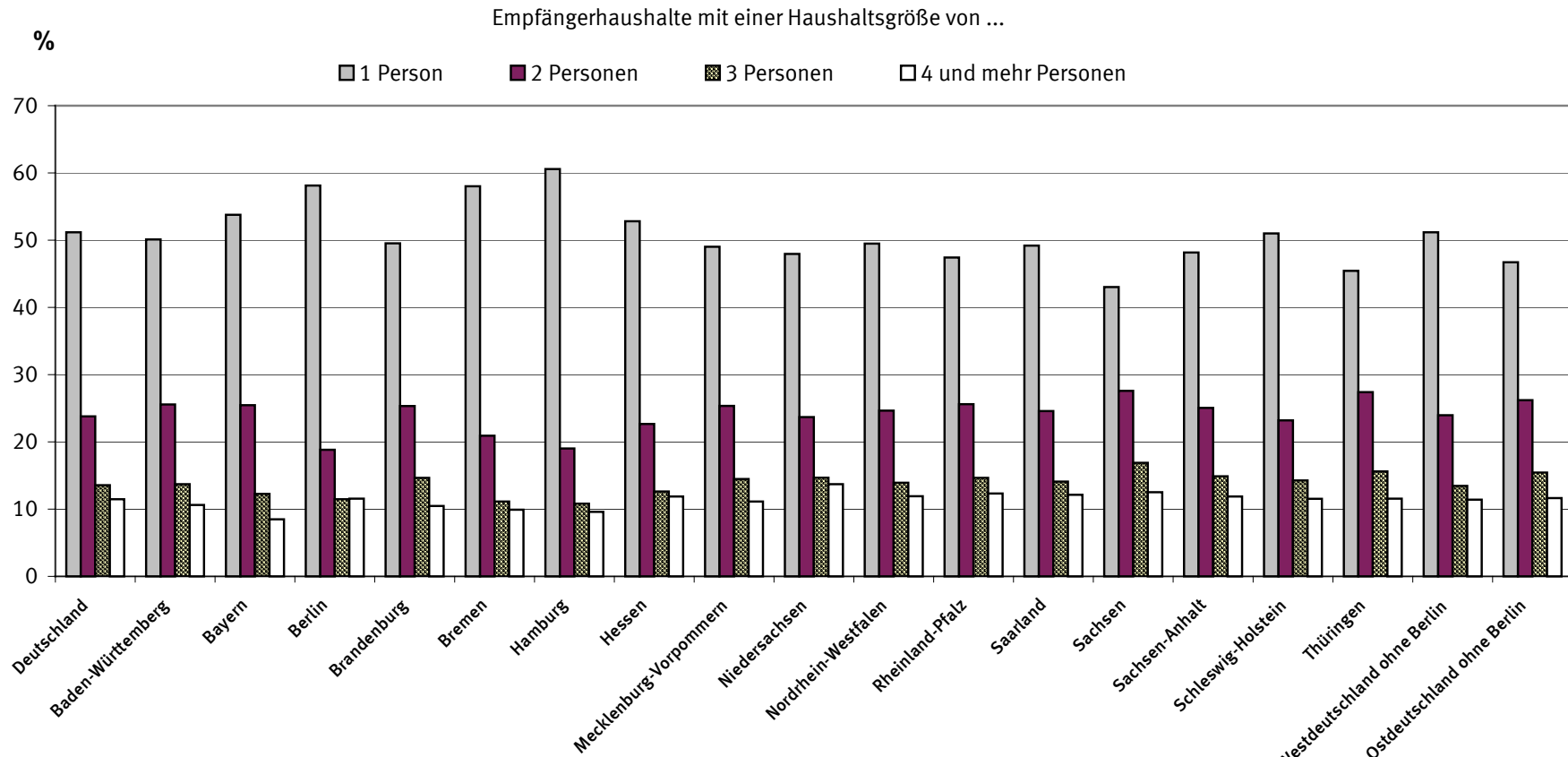
Haushaltsgröße

Land	Haushalte insgesamt ²⁾	Davon mit einer Haushaltsgröße von ... Personen							
		1		2		3		4 und mehr	
		Anzahl	% Anteil (Spalte 2/ Spalte 1)	Anzahl	% Anteil (Spalte 4/ Spalte 1)	Anzahl	% Anteil (Spalte 6/ Spalte 1)	Anzahl	% Anteil (Spalte 8/ Spalte 1)
		1	2	3	4	5	6	7	8
Deutschland	1 259 799	644 717	51,2	299 888	23,8	170 721	13,6	144 473	11,5
Baden-Württemberg.....	103 852	52 029	50,1	26 544	25,6	14 248	13,7	11 031	10,6
Bayern.....	111 884	60 149	53,8	28 493	25,5	13 727	12,3	9 515	8,5
Berlin.....	119 403	69 407	58,1	22 482	18,8	13 704	11,5	13 810	11,6
Brandenburg.....	33 925	16 804	49,5	8 599	25,3	4 970	14,6	3 552	10,5
Bremen.....	27 187	15 778	58,0	5 688	20,9	3 023	11,1	2 698	9,9
Hamburg.....	62 656	37 950	60,6	11 917	19,0	6 783	10,8	6 006	9,6
Hessen.....	110 452	58 343	52,8	25 044	22,7	13 960	12,6	13 105	11,9
Mecklenburg-Vorpommern.....	29 733	14 572	49,0	7 542	25,4	4 308	14,5	3 311	11,1
Niedersachsen.....	138 091	66 204	47,9	32 710	23,7	20 243	14,7	18 934	13,7
Nordrhein-Westfalen.....	280 268	138 714	49,5	69 093	24,7	39 048	13,9	33 413	11,9
Rheinland-Pfalz.....	45 560	21 602	47,4	11 672	25,6	6 673	14,6	5 613	12,3
Saarland.....	20 348	10 008	49,2	5 003	24,6	2 866	14,1	2 471	12,1
Sachsen.....	53 348	22 957	43,0	14 719	27,6	9 005	16,9	6 667	12,5
Sachsen-Anhalt.....	43 514	20 962	48,2	10 904	25,1	6 483	14,9	5 165	11,9
Schleswig-Holstein.....	55 304	28 210	51,0	12 827	23,2	7 889	14,3	6 378	11,5
Thüringen.....	24 274	11 028	45,4	6 651	27,4	3 791	15,6	2 804	11,6
nachrichtlich:									
Westdeutschland ohne Berlin.....	955 602	488 987	51,2	228 991	24,0	128 460	13,4	109 164	11,4
Ostdeutschland ohne Berlin.....	184 794	86 323	46,7	48 415	26,2	28 557	15,5	21 499	11,6

1) Empfänger/-innen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen.

2) Nicht enthalten sind hier rund 183 000 Bedarfsgemeinschaften, die mit Personen in einem Haushalt leben, die selber nicht Sozialhilfe beziehen.

Schaubild 4.1
Haushalte von Sozialhilfeempfänger/-innen im engeren Sinne¹ nach Haushaltsgröße² am Jahresende 2002
Anteil an den Empfängerhaushalten je Land



1) Empfänger/-innen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen.

2) Nicht enthalten sind hier rund 183 000 Bedarfsgemeinschaften, die mit Personen in einem Haushalt leben, die selber nicht Sozialhilfe beziehen.

Tabelle 4.2.1

**Haushalte von Sozialhilfeempfänger/-innen im engeren Sinne¹⁾
am Jahresende 2002**

Haushaltstyp

Land	Haushalte insgesamt	Davon							Sonstige Haushalte
		Ehepaare		allein Stehende			allein erziehende...		
		ohne Kinder ²⁾	mit Kindern ²⁾	zusammen	davon		Männer	Frauen	
					Männer	Frauen			
Deutschland	1 442 753	108 984	139 724	610 881	299 622	311 259	11 042	339 551	232 571
Baden-Württemberg.....	116 890	9 497	10 165	46 020	22 789	23 231	750	30 361	20 097
Bayern.....	125 663	11 273	9 483	55 547	27 166	28 381	754	30 267	18 339
Berlin.....	136 902	8 143	14 242	71 255	40 874	30 381	1 161	25 861	16 240
Brandenburg.....	37 699	2 065	2 935	14 707	8 488	6 219	296	9 163	8 533
Bremen.....	32 123	2 222	3 120	15 190	7 137	8 053	234	7 051	4 306
Hamburg.....	69 154	5 229	6 866	35 675	19 031	16 644	501	13 375	7 508
Hessen.....	125 054	10 220	12 855	52 887	25 621	27 266	885	25 974	22 233
Mecklenburg-Vorpommern.....	32 372	1 818	2 528	13 150	7 845	5 305	237	7 800	6 839
Niedersachsen.....	152 775	10 858	15 777	58 361	27 118	31 243	1 228	36 551	30 000
Nordrhein-Westfalen.....	338 111	30 353	38 569	140 359	59 364	80 995	2 751	82 614	43 465
Rheinland-Pfalz.....	52 090	4 180	4 276	20 749	8 641	12 108	362	12 379	10 144
Saarland.....	23 170	1 830	2 106	9 382	3 621	5 761	157	5 123	4 572
Sachsen.....	64 353	3 726	5 810	24 791	13 504	11 287	602	17 874	11 550
Sachsen-Anhalt.....	47 535	2 430	3 656	17 881	10 440	7 441	411	11 910	11 247
Schleswig-Holstein.....	62 168	3 873	5 436	25 906	12 871	13 035	487	15 490	10 976
Thüringen.....	26 694	1 267	1 900	9 021	5 112	3 909	226	7 758	6 522
nachrichtlich:									
Westdeutschland ohne Berlin.....	1 097 198	89 535	108 653	460 076	213 359	246 717	8 109	259 185	171 640
Ostdeutschland ohne Berlin.....	208 653	11 306	16 829	79 550	45 389	34 161	1 772	54 505	44 691

1) Empfänger/-innen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen.

2) Kinder unter 18 Jahren.

Tabelle 4.2.2

Haushalte von Sozialhilfeempfänger/-innen im engeren Sinne¹⁾
am Jahresende 2002

Haushaltstyp

Land	Haushalte insgesamt	Davon							
		Ehepaare		allein Stehende			allein erziehende...		Sonstige Haushalte
		ohne Kinder ²⁾	mit Kindern ²⁾	zusammen	davon		Männer	Frauen	
					Männer	Frauen			
Anteil vom Insgesamt in %									
Deutschland	1 442 753	7,6	9,7	42,3	20,8	21,6	0,8	23,5	16,1
Baden-Württemberg.....	116 890	8,1	8,7	39,4	19,5	19,9	0,6	26,0	17,2
Bayern.....	125 663	9,0	7,5	44,2	21,6	22,6	0,6	24,1	14,6
Berlin.....	136 902	5,9	10,4	52,0	29,9	22,2	0,8	18,9	11,9
Brandenburg.....	37 699	5,5	7,8	39,0	22,5	16,5	0,8	24,3	22,6
Bremen.....	32 123	6,9	9,7	47,3	22,2	25,1	0,7	22,0	13,4
Hamburg.....	69 154	7,6	9,9	51,6	27,5	24,1	0,7	19,3	10,9
Hessen.....	125 054	8,2	10,3	42,3	20,5	21,8	0,7	20,8	17,8
Mecklenburg-Vorpommern.....	32 372	5,6	7,8	40,6	24,2	16,4	0,7	24,1	21,1
Niedersachsen.....	152 775	7,1	10,3	38,2	17,8	20,5	0,8	23,9	19,6
Nordrhein-Westfalen.....	338 111	9,0	11,4	41,5	17,6	24,0	0,8	24,4	12,9
Rheinland-Pfalz.....	52 090	8,0	8,2	39,8	16,6	23,2	0,7	23,8	19,5
Saarland.....	23 170	7,9	9,1	40,5	15,6	24,9	0,7	22,1	19,7
Sachsen.....	64 353	5,8	9,0	38,5	21,0	17,5	0,9	27,8	17,9
Sachsen-Anhalt.....	47 535	5,1	7,7	37,6	22,0	15,7	0,9	25,1	23,7
Schleswig-Holstein.....	62 168	6,2	8,7	41,7	20,7	21,0	0,8	24,9	17,7
Thüringen.....	26 694	4,7	7,1	33,8	19,2	14,6	0,8	29,1	24,4
nachrichtlich:									
Westdeutschland ohne Berlin.....	1 097 198	8,2	9,9	41,9	19,4	22,5	0,7	23,6	15,6
Ostdeutschland ohne Berlin.....	208 653	5,4	8,1	38,1	21,8	16,4	0,8	26,1	21,4

1) Empfänger/-innen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen.

2) Kinder unter 18 Jahren.

Schaubild 4.2
 Haushalte von Sozialhilfeempfänger/-innen im engeren Sinne¹ am Jahresende 2002
 Anteil an allen Haushalten je Land in %
 Haushaltstyp

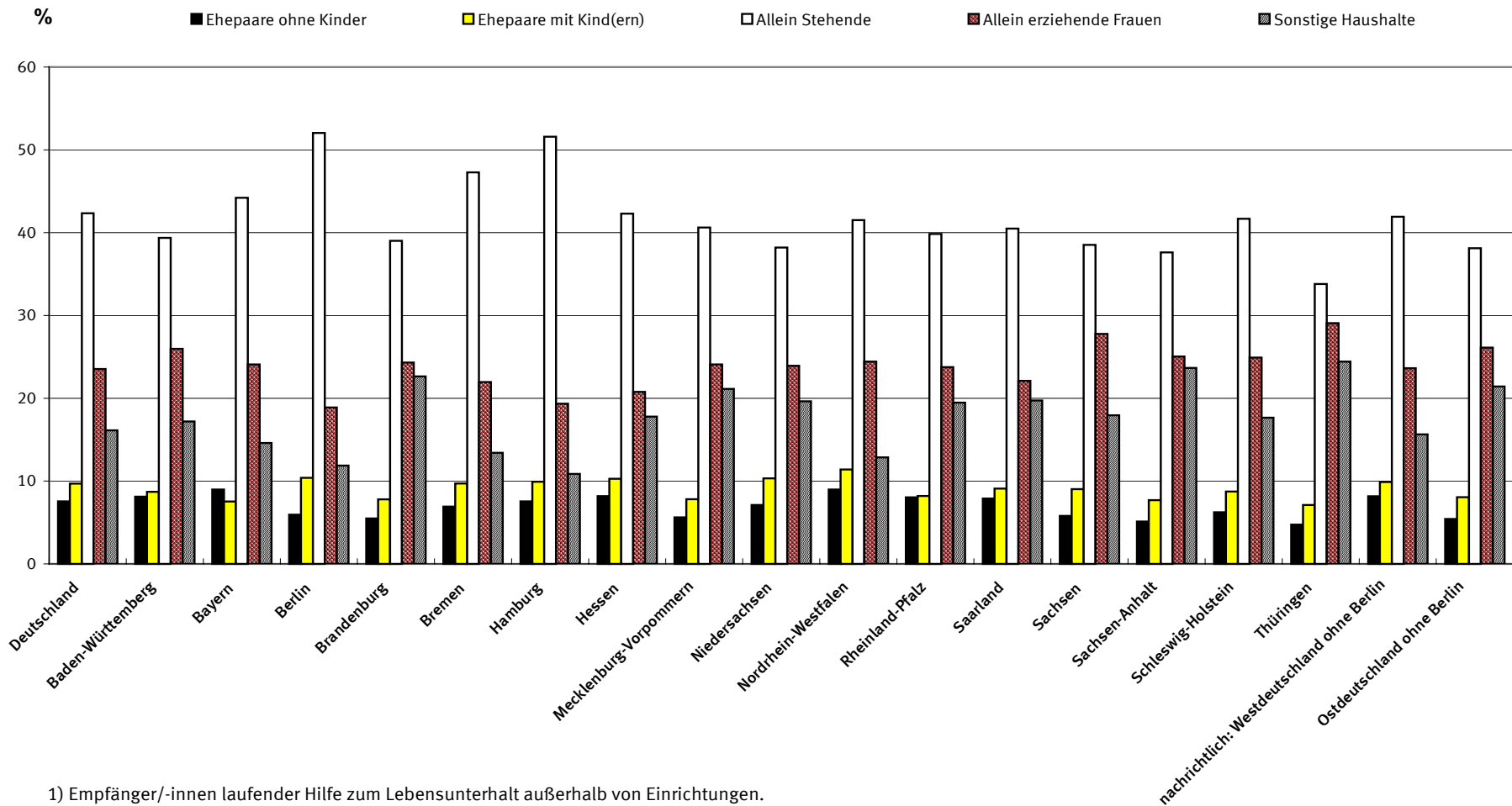


Tabelle 4.3

Haushalte von Sozialhilfeempfänger/-innen im engeren Sinne¹⁾
am Jahresende 2002

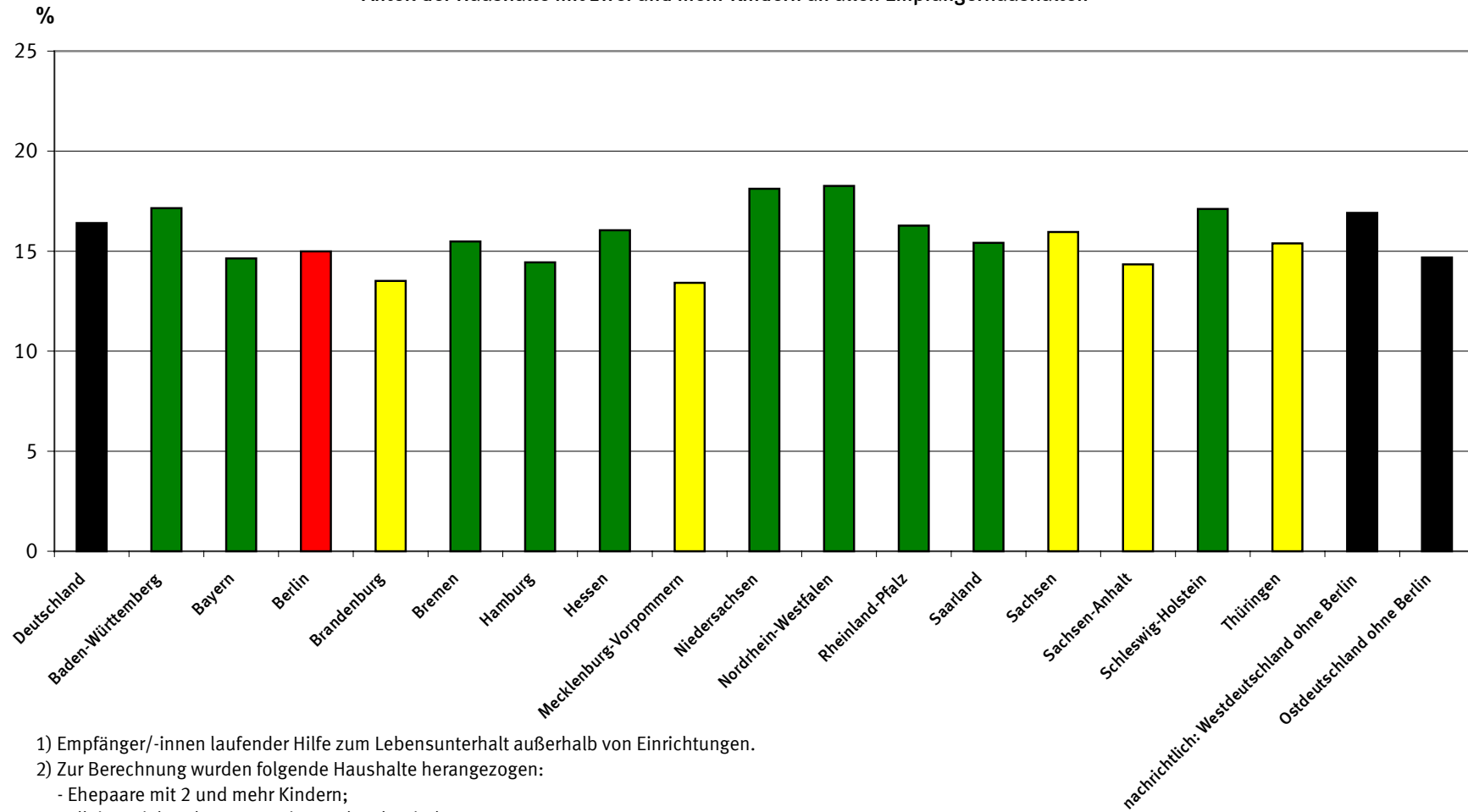
Land	Haushalte insgesamt	Darunter					
		Ausgewählte Haushalte mit 2 und mehr Kindern ²⁾		davon			
			Ehepaare mit 2 und mehr Kindern ²⁾		allein erziehende Frauen mit 2 und mehr Kindern ²⁾		
	Anzahl	%-Anteil (Spalte 2/ Spalte 1)	Anzahl	%-Anteil (Spalte 4/ Spalte 1)	Anzahl	%-Anteil (Spalte 6/ Spalte 1)	
1	2	3	4	5	6	7	
Deutschland	1 442 753	236 733	16,4	84 655	5,9	152 078	10,5
Baden-Württemberg.....	116 890	20 041	17,1	6 150	5,3	13 891	11,9
Bayern.....	125 663	18 396	14,6	5 213	4,1	13 183	10,5
Berlin.....	136 902	20 524	15,0	9 237	6,7	11 287	8,2
Brandenburg.....	37 699	5 092	13,5	1 613	4,3	3 479	9,2
Bremen.....	32 123	4 974	15,5	1 959	6,1	3 015	9,4
Hamburg.....	69 154	9 987	14,4	3 979	5,8	6 008	8,7
Hessen.....	125 054	20 070	16,0	8 106	6,5	11 964	9,6
Mecklenburg-Vorpommern.....	32 372	4 344	13,4	1 401	4,3	2 943	9,1
Niedersachsen.....	152 775	27 678	18,1	10 272	6,7	17 406	11,4
Nordrhein-Westfalen.....	338 111	61 747	18,3	23 231	6,9	38 516	11,4
Rheinland-Pfalz.....	52 090	8 477	16,3	2 611	5,0	5 866	11,3
Saarland.....	23 170	3 572	15,4	1 261	5,4	2 311	10,0
Sachsen.....	64 353	10 271	16,0	3 121	4,8	7 150	11,1
Sachsen-Anhalt.....	47 535	6 816	14,3	2 049	4,3	4 767	10,0
Schleswig-Holstein.....	62 168	10 636	17,1	3 399	5,5	7 237	11,6
Thüringen.....	26 694	4 108	15,4	1 053	3,9	3 055	11,4
nachrichtlich:							
Westdeutschland ohne Berlin.....	1 097 198	185 578	16,9	66 181	6,0	119 397	10,9
Ostdeutschland ohne Berlin.....	208 653	30 631	14,7	9 237	4,4	21 394	10,3

1) Empfänger/-innen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen

2) Kinder unter 18 Jahren.

Schaubild 4.3

Haushalte von Sozialhilfeempfänger/-innen im engeren Sinne¹⁾ am Jahresende 2002
Anteil der Haushalte mit zwei und mehr Kindern an allen Empfängerhaushalten²⁾



1) Empfänger/-innen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen.

2) Zur Berechnung wurden folgende Haushalte herangezogen:

- Ehepaare mit 2 und mehr Kindern;
- allein erziehende Frauen mit 2 und mehr Kindern.

Tabelle 5.1

Haushalte von Sozialhilfeempfänger/-innen im engeren Sinne¹⁾
am Jahresende 2002
Bedarfsentstehung und Bedarfsdeckung

Land	Haushalte insgesamt	Durchschnittliche monatliche Beträge in EUR				
		Brutto- bedarf	davon		angerech- netes Einkommen	Netto- anspruch
			Brutto- kalt- miete	Regelbedarf etc. ²⁾		
Anzahl	EUR (gerundet)					
Deutschland	1 442 753	842	293	549	446	396
Baden-Württemberg.....	116 890	852	291	561	443	409
Bayern.....	125 663	802	286	516	411	391
Berlin.....	136 902	852	321	531	431	421
Brandenburg.....	37 699	743	231	512	442	300
Bremen.....	32 123	856	298	558	449	408
Hamburg.....	69 154	841	376	465	419	422
Hessen.....	125 054	869	308	561	417	452
Mecklenburg-Vorpommern.....	32 372	762	239	522	438	324
Niedersachsen.....	152 775	880	294	587	481	399
Nordrhein-Westfalen.....	338 111	866	301	565	465	402
Rheinland-Pfalz.....	52 090	838	273	565	434	404
Saarland.....	23 170	842	276	566	447	395
Sachsen.....	64 353	769	237	532	463	306
Sachsen-Anhalt.....	47 535	769	228	540	439	329
Schleswig-Holstein.....	62 168	874	294	580	458	415
Thüringen.....	26 694	744	217	527	441	304
nachrichtlich:						
Westdeutschland ohne Berlin.....	1 097 198	856	301	555	448	409
Ostdeutschland ohne Berlin.....	208 653	760	232	528	447	313

1) Empfänger/-innen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen

2) Regelsätze, lfd. Heizkosten, ggfs. Mehrbedarfszuschläge, Krankenversicherungsbeiträge, etc.

Schaubild 5.1.1
 Haushalte von Sozialhilfeempfänger/-innen im engeren Sinne¹⁾ am Jahresende 2002
 Durchschnittliche monatliche Beträge in EUR
Bedarfsentstehung

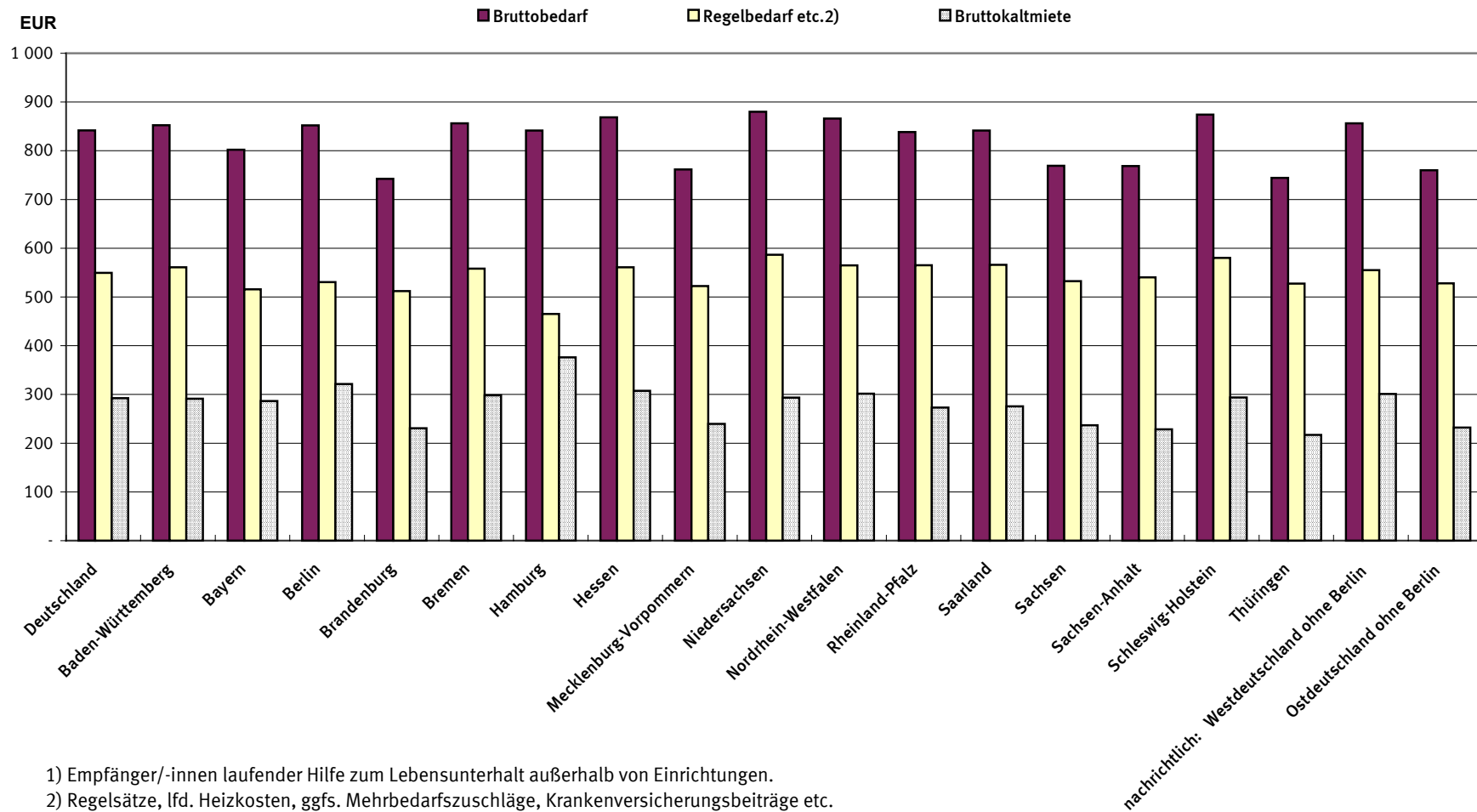


Schaubild 5.1.2
Haushalte von Sozialhilfeempfänger/-innen im engeren Sinne¹⁾ am Jahresende 2002
Durchschnittliche monatliche Beträge in EUR
Bedarfsdeckung

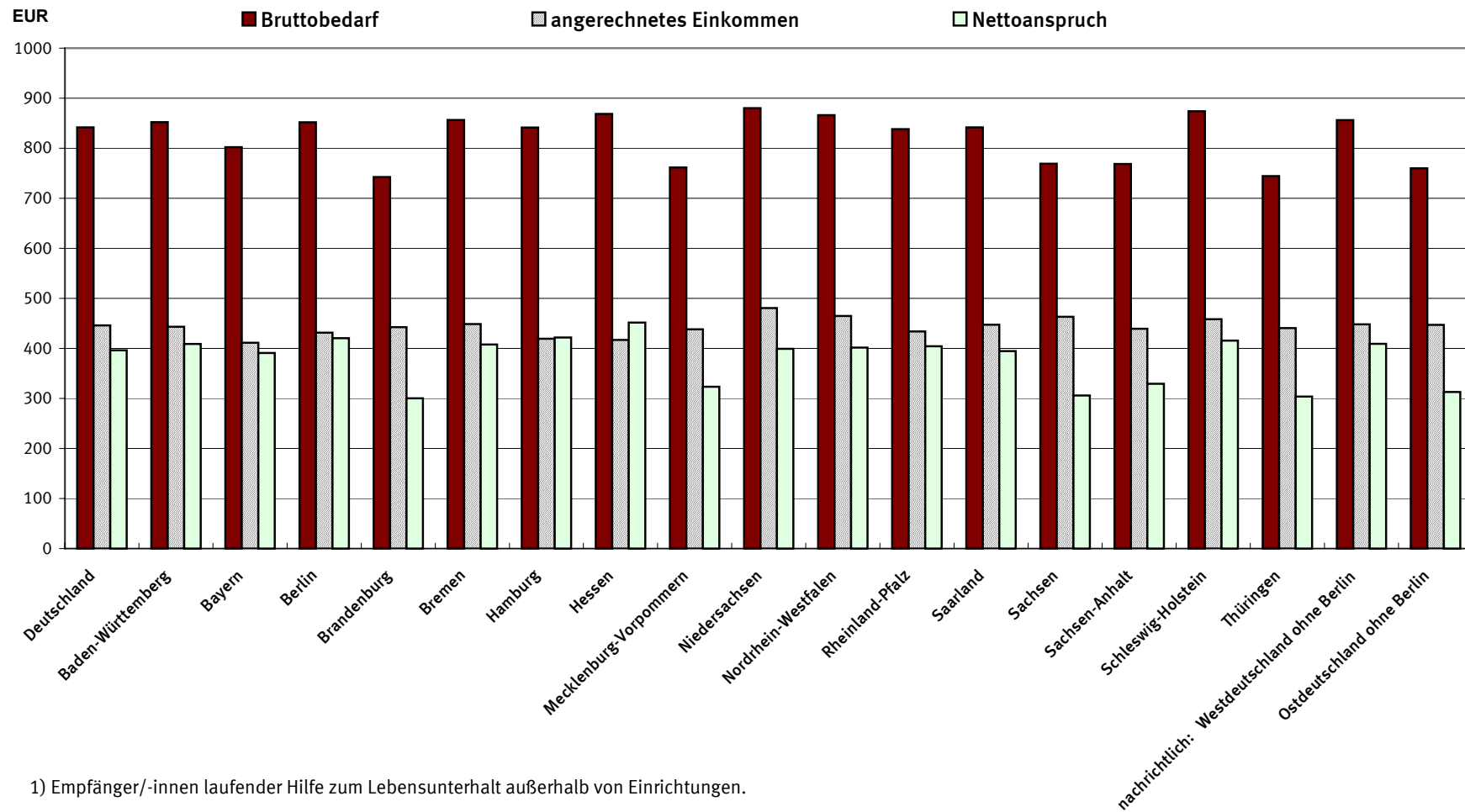


Tabelle 5.2

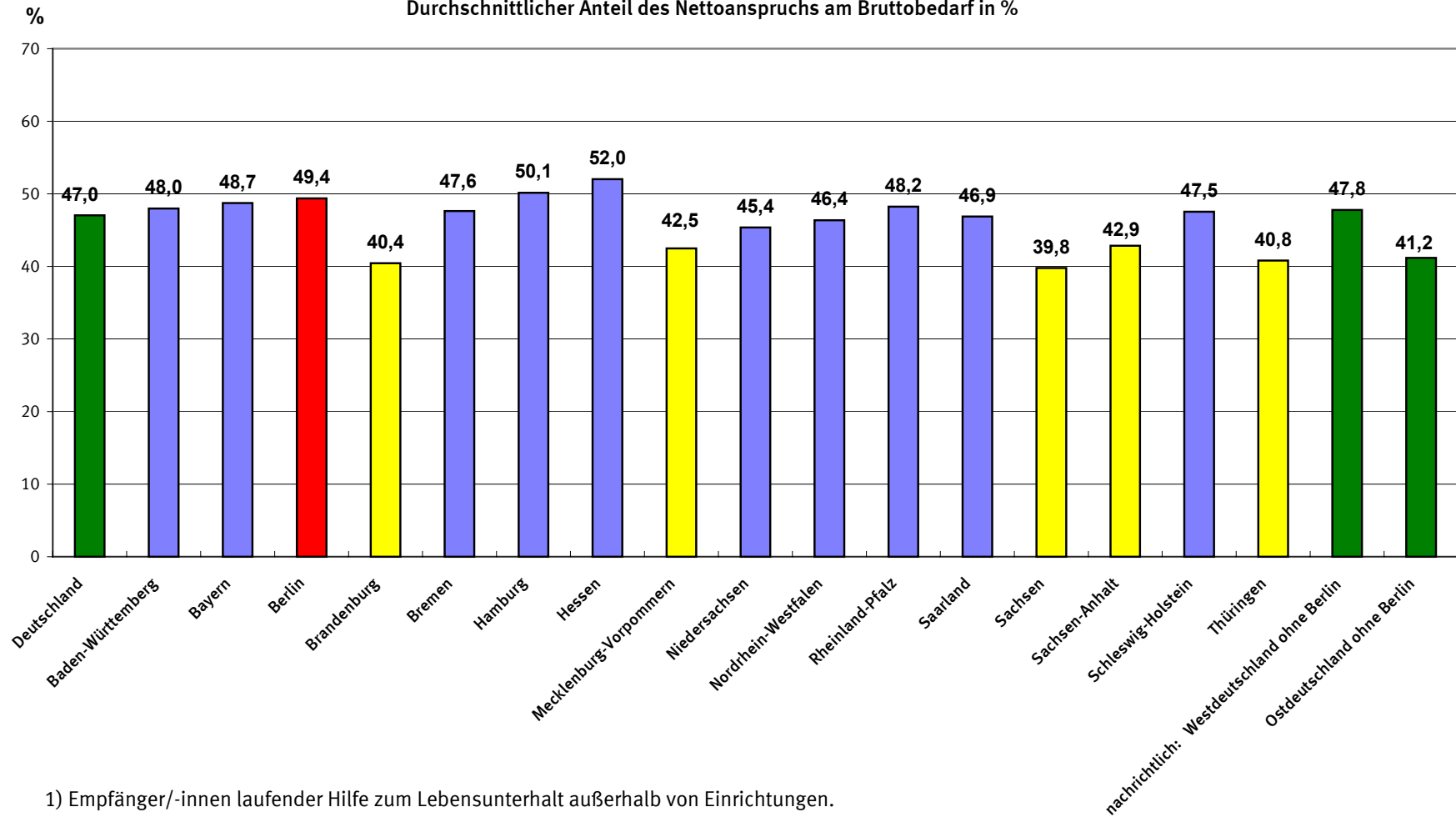
Haushalte von Sozialhilfeempfänger/-innen von im engeren Sinne¹⁾
am Jahresende 2002
Bedarfsentstehung und Bedarfsdeckung

Land	Durchschnittliche monatliche Beträge in EUR				
	Brutto- bedarf	davon		angerech- netes Einkommen	Netto- anspruch
		Brutto- kalt- miete	Regelbedarf etc. ²⁾		
EUR (gerundet)					
Deutschland	842	293	549	446	396
	Abweichung vom ø Deutschland				
Baden-Württemberg.....	+ 10	- 1	+ 12	- 3	+ 13
Bayern.....	- 40	- 6	- 34	- 35	- 5
Berlin.....	+ 10	+ 29	- 19	- 15	+ 25
Brandenburg.....	- 99	- 62	- 37	- 4	- 96
Bremen.....	+ 14	+ 6	+ 9	+ 3	+ 12
Hamburg.....	- 1	+ 84	- 84	- 27	+ 26
Hessen.....	+ 27	+ 15	+ 12	- 29	+ 56
Mecklenburg-Vorpommern.....	- 80	- 53	- 27	- 8	- 73
Niedersachsen.....	+ 38	+ 1	+ 37	+ 35	+ 3
Nordrhein-Westfalen.....	+ 24	+ 9	+ 15	+ 19	+ 6
Rheinland-Pfalz.....	- 4	- 20	+ 16	- 12	+ 8
Saarland.....	- 0	- 17	+ 16	+ 1	- 1
Sachsen.....	- 73	- 56	- 17	+ 17	- 90
Sachsen-Anhalt.....	- 73	- 64	- 9	- 7	- 67
Schleswig-Holstein.....	+ 32	+ 1	+ 31	+ 13	+ 19
Thüringen.....	- 98	- 76	- 22	- 5	- 92
nachrichtlich:					
Westdeutschland ohne Berlin.....	+ 14	+ 8	+ 6	+ 2	+ 13
Ostdeutschland ohne Berlin.....	- 82	- 61	- 21	+ 1	- 83

1) Empfänger/-innen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen

2) Regelsätze, lfd. Heizkosten, ggfs. Mehrbedarfszuschläge, Krankenversicherungsbeiträge, etc.

Schaubild 5.2
 Haushalte von Sozialhilfeempfänger/-innen im engeren Sinne¹⁾
 am Jahresende 2002
 Durchschnittlicher Anteil des Nettoanspruchs am Bruttobedarf in %



1) Empfänger/-innen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen.

Tabelle 6.1

Sozialhilfe- und Arbeitslosenquote für das Jahr 2002

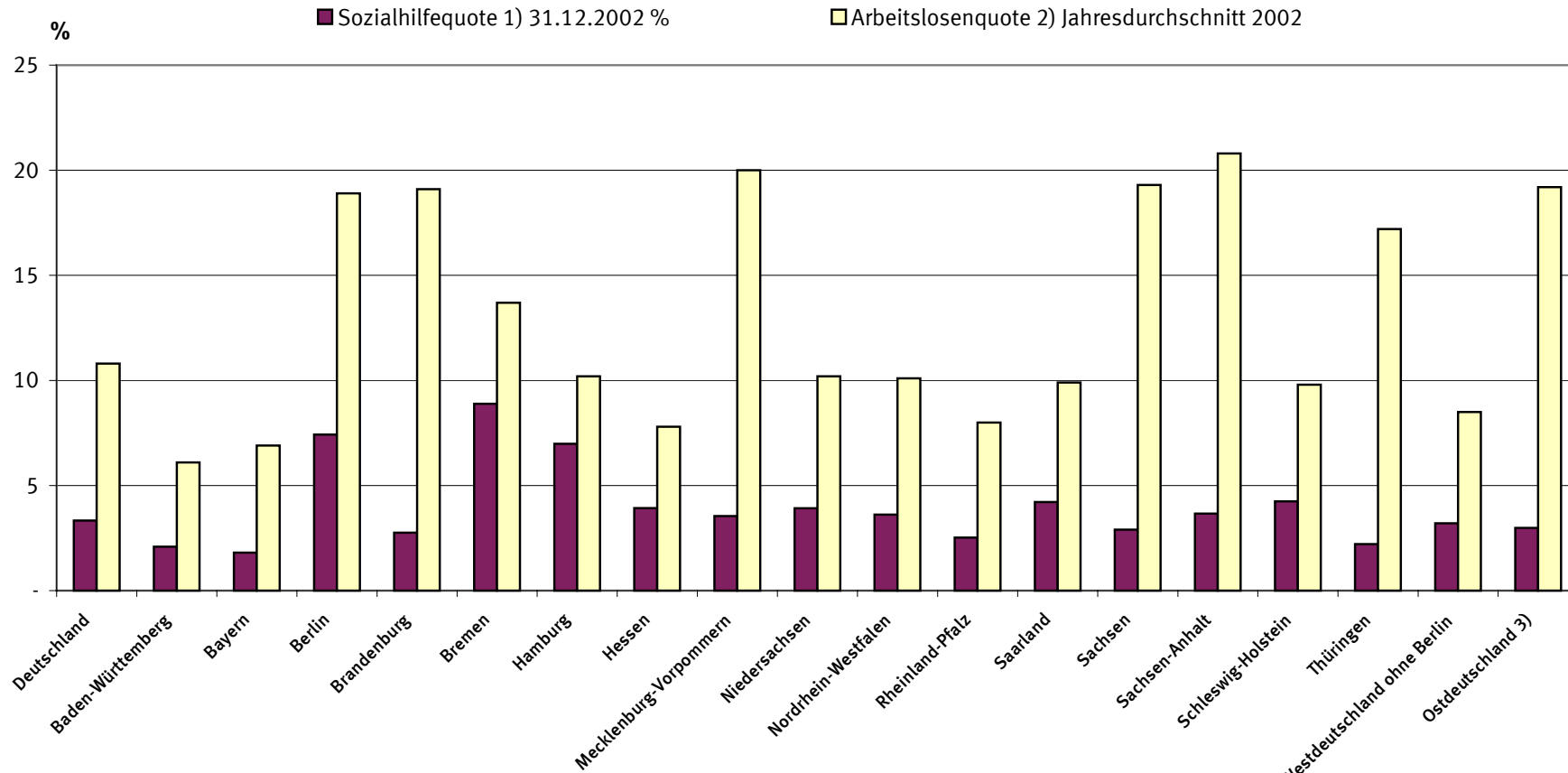
Land	Sozialhilfequote ¹⁾	Arbeitslosenquote ²⁾
	31.12.2002	Jahresdurchschnitt 2002
	%	
Deutschland.....	3,3	10,8
Baden-Württemberg.....	2,1	6,1
Bayern.....	1,8	6,9
Berlin.....	7,4	18,9
Brandenburg.....	2,8	19,1
Bremen.....	8,9	13,7
Hamburg.....	7,0	10,2
Hessen.....	3,9	7,8
Mecklenburg-Vorpommern.....	3,6	20,0
Niedersachsen.....	3,9	10,2
Nordrhein-Westfalen.....	3,6	10,1
Rheinland-Pfalz.....	2,5	8,0
Saarland.....	4,2	9,9
Sachsen.....	2,9	19,3
Sachsen-Anhalt.....	3,7	20,8
Schleswig-Holstein.....	4,3	9,8
Thüringen.....	2,2	17,2
nachrichtlich:		
Westdeutschland ohne Berlin.....	3,2	8,5
Ostdeutschland 3)	3,0	19,2

1) Anteil der Empfänger/-innen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen an der jeweiligen Bevölkerung in %.

2) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte und Arbeitslose); Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg.

3) Sozialhilfequote berechnet ohne Berlin; Arbeitslosenquote berechnet mit Berlin.

Schaubild 6.1
Sozialhilfe- und Arbeitslosenquote für das Jahr 2002



- 1) Anteil der Empfänger/-innen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen an der Bevölkerung in %.
- 2) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen, Quelle: Bundesagentur für Arbeit.
- 3) Sozialhilfequote berechnet ohne Berlin, Arbeitslosenquote berechnet mit Berlin.

nachrichtlich:

Tabelle 7.1

**Sozialhilfeempfänger/-innen im engeren Sinne¹⁾
zum Jahresende nach Bundesländern**

Land	1997	1998	1999	2000	2001	2002
	Anzahl					
Baden-Württemberg	253 891	243 374	226 917	208 647	209 488	222 670
Bayern	246 643	238 454	223 131	210 570	211 787	224 263
Berlin	268 393	281 692	272 744	265 818	261 733	251 747
Brandenburg	55 230	57 866	57 644	58 095	65 861	71 227
Bremen	71 348	67 861	65 532	62 441	60 678	58 888
Hamburg	143 954	140 110	126 325	120 461	117 431	120 884
Hessen	262 196	252 817	242 408	233 321	229 344	239 189
Mecklenburg-Vorpommern	46 562	50 792	51 476	51 220	56 863	61 972
Niedersachsen	337 340	334 716	316 730	309 275	306 767	312 782
Nordrhein-Westfalen	695 116	689 731	694 573	646 718	659 367	653 743
Rheinland-Pfalz	123 277	114 623	109 583	101 862	100 067	102 399
Saarland	53 886	51 334	48 148	46 023	45 748	44 865
Sachsen	89 558	99 989	103 676	110 089	118 415	126 310
Sachsen-Anhalt	73 165	80 302	82 047	85 848	87 987 ²⁾	93 492
Schleswig-Holstein	123 780	125 319	122 585	119 007	117 086	119 818
Thüringen	48 839	50 342	48 960	47 724	50 240	52 963
Deutschland	2 893 178	2 879 322	2 792 479	2 677 119	2 698 862	2 757 212
<i>nachrichtlich:</i>						
Westdeutschland (ohne Berlin)	2 311 431	2 258 339	2 175 932	2 058 325	2 057 763	2 099 501
Ostdeutschland (ohne Berlin)	313 354	339 291	343 803	352 976	379 366	405 964

¹⁾ Empfänger/-innen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen.

²⁾ Durch eine hier nicht berücksichtigte Nacherhebung kommt es zu einer Untererfassung von 879 Hilfeempfängern.

Tabelle 7.2

Sozialhilfequoten¹⁾ am Jahresende nach Ländern

Land	1997	1998	1999	2000	2001	2002
	in Prozent					
Baden-Württemberg	2,4	2,3	2,2	2,0	2,0	2,1
Bayern	2,0	2,0	1,8	1,7	1,7	1,8
Berlin	7,8	8,3	8,1	7,9	7,7	7,4
Brandenburg	2,1	2,2	2,2	2,2	2,5	2,8
Bremen	10,6	10,2	9,9	9,5	9,2	8,9
Hamburg	8,4	8,2	7,4	7,0	6,8	7,0
Hessen	4,3	4,2	4,0	3,8	3,8	3,9
Mecklenburg-Vorpommern	2,6	2,8	2,9	2,9	3,2	3,6
Niedersachsen	4,3	4,3	4,0	3,9	3,9	3,9
Nordrhein-Westfalen	3,9	3,8	3,9	3,6	3,7	3,6
Rheinland-Pfalz	3,1	2,8	2,7	2,5	2,5	2,5
Saarland	5,0	4,8	4,5	4,3	4,3	4,2
Sachsen	2,0	2,2	2,3	2,5	2,7	2,9
Sachsen-Anhalt	2,7	3,0	3,1	3,3	3,4	3,7
Schleswig-Holstein	4,5	4,5	4,4	4,3	4,2	4,3
Thüringen	2,0	2,0	2,0	2,0	2,1	2,2
Deutschland	3,5	3,5	3,4	3,3	3,3	3,3
<i>nachrichtlich:</i>						
Westdeutschland (ohne Berlin)	3,6	3,5	3,4	3,2	3,2	3,2
Ostdeutschland (ohne Berlin)	2,2	2,4	2,5	2,5	2,8	3,0

²⁾ Anteil der Empfänger/-innen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen an der jeweiligen Gesamtbevölkerung des entsprechenden Berichtsjahres.